



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

magazin

65. Jahrgang

Ausgabe 4/2020



EINKOMMENSRUNDE 2020 - NULLRUNDE ABGEWENDET

Aktionstag der vbba

6

Home-Office

18

Mehr Personal gefordert

19

Willkommen im dbb vorteilsClub! Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen künftig neue und besondere Angebote zur Verfügung.

- · Einkaufsrabatte in über 350 Markenshops
- dbb autoabo: Eine Rate alles drin
- Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen



Shopping- und Erlebnisrabatte

bis zu 16% Rabatt home 24 20%
Rabatt # fitbit.

20% Rabatt

HALLHUBER

30%
Rabatt === adidas

dbb autoabo: Die entspannte Mobilitätslösung

- ✓ Ganz flexibel Kurze Vertragslaufzeiten von 6 bis 24 Monate
- ✓ Null Euro Keine Anzahlung, keine Schlussrate
- ✓ Eine Rate. Alles drin. Niedrige Monatsraten inklusive Kfz-Versicherung, Kfz-Steuer, jahreszeitgerechte Bereifung, Wartung und Werksfracht.



^{*} Fahrzeugzulassung auf die Fleetpool GmbH oder einen Kooperationspartner; Abwicklung über die Fleetpool GmbH; Mindestalter bei Vertragsabschluss 21 Jahre; Einmalige Zulassungspauschale von 89 €; All Inclusive-Rate inklusive Werksfrachtkosten, Kfz-Versicherung (Vollkasko/Teilkasko und Kfz-Haftpflicht), Kfz-Steuer und Wartung bis zur vertraglich vereinbarten Freikilometergrenze; Alle Preise inklusive gesetzl. MwSt.; CO₂-Emissionen siehe www.dat.de; Abbildungen beispielhaft; Änderungen vorbehalten; Begrenzte Stückzahl; Bonität vorausgesetzt; Es gelten die AGB der Fleetpool GmbH; Speziell für dbb-Mitglieder und ihre Angehörige.





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Pandemiejahr 2020 stellt uns im beruflichen und im privaten Bereich vor besondere Herausforderungen. Es gilt die Regeln zum Gesundheitsschutz in allen Lebensbereichen zu berücksichtigen bzw. zu beachten. Diese Regeln und Einschränkungen galten auch für die aktuelle, nun auf Bundesebene und kommunaler Ebene abgeschlossene Einkommensrunde. Da die Arbeitgeberseite - und hier insbesondere die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände eine Nullrunde anstrebte, wurde ziemlich schnell klar, dass den zahlreichen Sonntagsreden zur hohen Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Zeiten einer historischen Krise keine finanzielle Anerkennung folgen sollte. Dies wollten und konnten unsere Dachgewerkschaft dbb beamtenbund und tarifunion sowie ihre Mitgliedsgewerkschaften nicht hinnehmen. Natürlich ist uns allen klar, dass die aktuelle Coronakrise enorme Einschnitte in die öffentlichen Haushalte mit sich bringt. Aber mit dieser Begründung hätte man uns in den kommenden fünf Jahren abgespeist. Deshalb war es umso wichtiger gemeinsam in dieser schwierigen Zeit kreativ und innovativ Entschlossenheit zu zeigen. Das haben wir bereits am 8. September im Rahmen des vbba-Aktionstages an über 50 Standorten im Bundesgebiet getan. In den Wochen danach folgten zahlreiche Aktionen und Arbeitskampfmaßnahmen unserer Kolleginnen und Kollegen in Arbeitsagenturen und Jobcentern in ganz Deutschland. Hierfür möchte ich allen Beteiligten meinen

ausdrücklichen Dank sagen! Denn unser "Flagge zeigen" war wichtig, um einen schwierigen, am Ende aber tragfähigen Kompromiss in einer sehr komplizierten Zeit zu erzielen. Das Ergebnis wird sich auch auf den Bereich der BA auswirken. Wir begrüßen es, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer zugesagt hat, das Ergebnis auf die aktiven Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsbereich zu übertragen. Diese Einkommensrunde hat mehr denn je gezeigt, dass es neben der Entschlossenheit auch auf die personelle Stärke der Gewerkschaften ankommt, um der Arbeitgeberseite auf Augenhöhe zu begegnen.

Mit einem internen Kraftakt unserer Kolleginnen und Kollegen sind wir der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und dem massenhaften Anstieg der Kurzarbeit begegnet. Unsere Systemrelevanz und Leistungsfähigkeit ist gleichermaßen deutlich geworden. Es ist erfreulich, dass der Leistungsbereich (Operative Services) bereits im laufenden Jahr personell aufgestockt wird. Das haben wir gefordert und das ist wichtig und richtig! Jedoch ist es nicht ausreichend. Deshalb habe ich bereits vor geraumer Zeit gegenüber Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden Detlef Scheele mehr Personal über den Leistungsbereich hinaus gefordert. Der BA-Vorstand hat unsere gewerkschaftliche Forderung bestätigt und ist entsprechend auf den BA-Verwaltungsrat zugegangen. Das BMAS verwies auf das laufende Haushaltsverfahren und sagte zu, alles zu tun, um die Leistungsfähigkeit der BA für die zukünftigen Anforderungen sicherzustellen. Hier nehmen wir das BMAS und den BA-Vorstand beim Wort. Das von der Coronapandemie geprägte Jahr 2020 geht seinem Ende entgegen. Ihnen und Ihren Lieben wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für das Neue Jahr Gesundheit, Hoffnung und alles Gute.

Mit kollegialen Grüßen

Waldemar Dombrowski vbba - Bundesvorsitzender

Inhalt

Editorial	3
Tarif Branchentag Digitalisierung-Tarifvertrag Forderungen beschlossen Verhandlungsauftakt Tarif-Magazin "tacheles" Aktionstag Ergebnislose 2. Runde Protestkundgebungen 30 Jahre Deutsche Einheit Solidaritätserklärung GDL 1. Angebot der Arbeitgeber Warnstreiks Tarifabschluss	4 4 5 5 6 6 8 8 9 10 10 12
HPR news Info August Info September Info Oktober	13 15 17
vbba informationen Homeoffice Mehr Personal gefordert Sonder-Öffnungsaktion	18 19 19
vbba jugend Newsletter August Newsletter September Bundeshauptjugendversammlung	20 21 23
vbba frauen Rückblick und Ausblick Organisationsänderungen Weihnachtswünsche	23 24 25
vbba senioren Fachtagung Tagung der Bundesseniorenvertretung Grundrente vbba-Urgestein	26 26 29 29
Landesgruppen Landesgewerkschaftstag BW Mitgliederversammlung Berlin-Brandenburg Landesgwerkschaffstag Berlin-Brandenburg Landesgwerkschaffstag Sachsen-Anhalt-Thüringen	30 32 34 35
Gruppen 50 Jahre Mitgliedschaft Mitgliederversammlung München	36 37
seminare Referententreffen Start Präsenzseminare	37 38
Seminarübersicht	39
Leserbriefe Leserbrief INGA	40
vbba Beitrittserklärung Einzugsermächtigung vbba Ansprechpartner	41 42 43



Impressum

Branchentag

Beschäftigte fordern finanzielle Wertschätzung



Gewerkschaft Arbeit und Soziales



Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, leitete den Branchentag mit den Kolleginnen und Kollegen von der vbba Gewerkschaft für Arbeit und Soziales, der am 5. August stattfand. Dabei ging es um die Rahmenbedingungen, Forderungen und Aktionsplanungen der Einkommensrunde 2020 mit Bund, Kommunen und natürlich der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Aktuell zeigen die Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsagenturen und Jobcentern ein sehr hohes Engagement. Zudem beweisen sie tagtäglich ihre enorme fachliche und zeitliche Flexibilität und damit ein bemerkenswertes Maß an Motivation.

"Den vom BA-Vorstand und Verwaltungsrat formulierten Dankesworten muss auch eine entsprechende finanzielle Wertschätzung und Anerkennung folgen. Wir sichern den sozialen Frieden und leisten einen Beitrag zur Stabilität unseres gesellschaftlichen Systems." erklärte Waldemar Dombrowski, Vorsitzender der vbba, während der digitalen Zusammenkunft.

"Die Beschäftigten der BA gehen sehr selbstbewusst in die Einkommensrunde", fasst Volker Geyer zusammen, "auch sie waren es, die das Land auf Kurs gehalten haben. Sie waren es, die die Zusagen der Politik umgesetzt haben. Zu Recht wurden sie darum sofort als systemrelevant eingestuft, was auch die BA ihnen schriftlich bestätigt und gedankt hat. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten aber eine konkrete finanzielle Wertschätzung", so Volker Geyer.

Text: Karsten Staß

Digitalisierungs-Tarifvertrag

Verhandlungen fortgesetzt

Der dbb hat am 18. August die zweite Verhandlungsrunde zum Digitalisierungs-TV mit den Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums des Inneren und des Bundesfinanzministeriums durchgeführt.

In der letzten Verhandlungsrunde hatten sich die beteiligten Parteien auf zunächst drei Themenfelder verständigt. Eines davon, die Qualifizierung, wurde an diesem Tag konkretisiert. Der dbb hat dazu im Vorfeld die wesentlichen Aspekte zusammengetragen und den Arbeitgebern die Abläufe in einem Musterprozess vorgestellt. Die weitere Konkretisierung und Ausgestaltung erfolgt nun im Laufe der nächsten Monate durch die Tarifvertragsparteien gesondert.

Es wurde ein Zeitplan für die zukünftigen Verhandlungstermine ins Auge gefasst und ein weiterer Fortsetzungstermin für den 16.



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

November 2020 vereinbart. Inhaltlich wird sich der dbb dabei voraussichtlich der Beschäftigungssicherung und der Vertiefung des Aspekts der Qualifizierung widmen.

Text: Karsten Staß



Aktiv fordern nicht abwarten!

Wer nicht mitredet, bleibt passiv!

Einkommensrunde

Forderungen beschlossen

Die Vertreter der Bundestarifkommission. des Bundesvorstandes sowie des Beamtenpolitischen Koordinierungsausschusses des dbb beamtenbund und tarifunion haben am 25. August in einem Onlinemeeting die Forderung für die Einkommensrunde 2020 für den Bereich des Bundes und der Kommunen aufgestellt und beschlossen.

Der vbba-Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski und die Unterzeichner als Vertreter in der Bundestarifkommission waren sich im Vorfeld einig:

"Angesichts der enormen Leistungen, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tagtäglich und besonders in Zeiten der Corona Krise erbringen, fordern wir eine

lineare Erhöhung der Einkommen. Dies ailt selbstverständlich auch für die Beamtinnen und Beamten. Der zunehmende Fachkräftemangel darf nicht dazu führen, dass der Öffentliche Dienst weiter an Attraktivität und damit Wettbewerbsfähigkeit verliert."

In der am 1. September beginnenden Einkommensrunde können wir nur erfolgreich sein, wenn wir alle in Solidarität hinter unseren Forderungen stehen.

Unsere Kernforderungen im Überblick:

• Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro (Laufzeit 12 Monate)



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

- · Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro
- · Angleichung der Arbeitszeit Ost an West
- · Verbesserung der Arbeits- und Entgeltbedingungen im Pflegebereich
- Verlängerung und Verbesserung der Regelungen zur Gewährung von Altersteilzeit

Der dbb hat unter https://www.dbb.de/politik-positionen/einkommensrunde/einkommensrunde-2020.html eine Sonderseite zur Einkommensrunde 2020 eingerichtet.

Gemeinsames Engagement in der vbba lohnt sich und ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Einkommensrunde 2020!

Verhandlungsauftakt

Die VKA spielt auf Zeit



Ulrich Silberbach kritisiert: "Leider setzen zumindest die Kommunen lieber aufs Mauern." Fotos: dbb

"Dieses Vorgehen hat zwar schon Tradition, enttäuscht uns aber trotzdem immer wieder", kritisierte dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach.

"Leider setzen zumindest die Kommunen lieber aufs Mauern. Dass wir gemeinsam vor einer schwierigen Situation stehen, ist natürlich klar. Aber heute hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) überhaupt nicht erkennen lassen, dass sie das Gemeinsame

an unserer Aufgabe erkannt hat", kritisierte der dbb Bundesvorsitzende. "Die wollen eine Nullrunde mit langer Laufzeit. Für mich stellt sich das so dar, dass wir im Frühjahr gebraucht wurden, um als öffentlicher Dienst die medizinische und gesellschaftliche Corona-Krise zu bewältigen - und jetzt sollen wir mit einer jahrelangen Nullrunde auch noch mögliche wirtschaftliche Folgen der Pandemie abarbeiten." Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 19./20. September wür-



Gewerkschaft Arbeit und Soziales



vbba Delegation (Landesgruppe Berlin-Brandenburg) beim Verhandlungsauftakt in Potsdam

den die Beschäftigten auf Straßen und Plätzen im ganzen Land Protestaktionen durchführen, um den Arbeitgebern zu zeigen, was sie von so einem Ansatz halten. Silberbach: "Die VKA lässt uns gar keine andere Wahl. Die Arbeitgeber haben damit die erste Chance vertan, zügig in konkrete Verhandlungen einzutreten."



Tarif-Magazin "tacheles"

Auszug September 2020

"Seit dem 1. September verhandeln wir mit Bund und Kommunen die Einkommensrunde 2020. Das geschieht in schwerer Zeit. Für viele Menschen ist es schwer vorstellbar, Konflikte vor dem Hintergrund der Pandemie auszutragen. Für den Chef der kommunalen Arbeitgeber, Ulrich Mädge, gilt das Gegenteil. Der will den Konflikt. Der sucht den Konflikt. Gerne hätten wir, gemeinsam mit ver.di, eine Verabredung mit den Arbeitgebern getroffen, die Tarifverhandlungen zu verschieben. Das wollte Mädge nicht. Der will jetzt Nullrunden für die nächsten drei Jahre aushandeln und droht, rhetorisch nur mühsam verhüllt, Entlassungen an. Zur Situation im öffentlichen Dienst, zu den hervorragenden Leistungen der Beschäftigten oder zu den Notwendigkeiten, den öffentlichen Dienst zu stärken, auch wegen der Erkenntnisse, die durch Corona gewonnen wurden, sagt er im Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 21. August nichts. Das ist zu wenig. Einfach zu sagen, "wir liegen blank auf der Matte", wie Mädge es in dem Interview macht, lässt den Verdacht aufkommen, dass er nicht an Lösungen, sondern einfach nur am Konflikt interessiert ist. Dazu gehört auch: Der VKA-Präsident ignoriert in seinen öffentlichen Äußerungen konsequent, dass der Bund erhebliche finanzielle Unterstützung bereitstellt. Dass die Situation

im September 2020 eine Besondere ist, hat jeder begriffen. Ich denke, die Forderung, die unsere Bundestarifkommission beschlossen hat, zeugt davon. Und sie hat es sich nicht leichtgemacht. Wir wollen keinen Corona-Bonus. Wir wollen zweierlei: fair bezahlt werden und den öffentlichen Dienst konkurrenzfähig halten. Anfang Juli sagt Bayerns Ministerpräsident Söder im Berliner Tagesspiegel: "Dabei brauchen wir eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und mehr Personal im öffentlichen Gesundheitsdienst." Natürlich steht Söder in der Länder- und nicht in der Kommunalverantwortung. Da mag Mädge denken, "der hat leicht reden". Trotzdem können wir nicht einfach die Gestaltung des öffentlichen Dienstes - unsere Tarifpolitik ist ein Teil davon - einstellen und einfach mal sagen "wir liegen blank auf der Matte". Was bedeutet das für uns? Wir wollen eine Vernunftlösung. Wir wollen diese Lösung am Verhandlungstisch. Es wäre gut, wenn die Arbeitgeber zeitnah ein konkretes Zeichen aussenden, dass sie das auch wollen, und von ihrer Matte runterkommen. Wir sind verhandlungs- und kompromissbereit. Alternativ sind wir auch streikbereit!" so Volker Geyer (Fachvorstand Tarifpolitik).

Neugierig? Dann weiterlesen unter https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/tacheles/ tacheles 20 09.pdf

vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales



Aktionstag

Aktive Mittagspause an über 50 Standorten

In über 50 Städten haben am 8. September die Beschäftigten der Arbeitsagenturen und Jobcenter mit "aktiven Mittagspausen" vor ihren Dienststellen für bessere Arbeitsund Entgeltbedingungen protestiert. "Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst würden wir die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie niemals bewältigen können. Diese Leistung muss sich auch in den Entgelten widerspiegeln", sagte der dbb Vize Volker Geyer bei einer Protestaktion vor der Agentur für Arbeit Berlin-Mitte.

Der dbb und die Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba) hatte bundesweit zu Protestaktionen unter Beachtung der Corona-Schutzmaßnahmen aufgerufen, um ihre Forderungen in der Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen zu unterstreichen. Beim Auftakt zur Einkommensrunde am 1. September in Potsdam hatte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Forderungen der Gewerkschaften mit dem Hinweis auf die leeren Kassen zurückgewiesen und jedes Zugeständnis verweigert.

"Die Kolleginnen und Kollegen erleben eine neue Form der Arbeitsbelastung. Nach dem Ausbruch der Pandemie wurde vieles improvisiert. Vor allem die massenhafte und unkomplizierte Auszahlung des Kurzarbeitergeldes haben weiterhin



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

höchste Priorität. Wir haben viel Verantwortung und viel Arbeit. Unsere Forderungen sind fair", erklärte Manfred Feit, Personalrat der örtlichen Arbeitsagentur.

"Nur durch Druck aus den Betrieben und Dienststellen werden wir die Verhandlungsbereitschaft der VKA erhöhen, deshalb sind wir heute hier", unterstrich Geyer.

Bericht: dbb





vbba zeigt sich entschlossen

Gerade in der Coronakrise haben die Kolleginnen und Kollegen in Arbeitsagenturen, Jobcentern und weiteren Dienststellen der BA sehr großes Engagement und eine enorme Flexibilität gezeigt. Das war und ist für die Menschen und Unternehmen im Land von existenzieller Bedeutung.

Den Dankesworten der Politik muss in der aktuellen Einkommensrunde eine finanzielle Wertschätzung folgen. In der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam hat die Arbeitgeberseite jedoch kein Angebot vorgelegt. Auch wenn über den TV-BA noch gesondert verhandelt wird, führten wir als Fachgewerkschaft an über 50 Standorten im Bundesgebiet Aktionen durch, um unsere Entschlossenheit zu zeigen.

So ließ es sich Gewerkschaftschef Waldemar Dombrowski am Standort der Arbeitsagentur Nürnberg nicht nehmen, die Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen und ihnen für ihre geleistete, systemrelevante Arbeit zu danken. "Wir halten uns verantwortungsbewusst an die Corona-

regeln, aber die Arbeitgeberseite sollte wissen, dass wir als Teil der dbb-Familie bereit und entschlossen sind, unsere berechtigten Ziele auch in diesen besonderen Zeiten durchzusetzen!", stellte Dombrowski klar.

Ergebnislose 2. Runde

Aktionen der vbba vor Ort und in Potsdam

Ohne Arbeitgeberangebot und ohne echten Fortschritt ist auch die zweite Verhandlungsrunde am 19./20. September in Potsdam zu Ende gegangen.

"Wenn Fakten nicht zählen, wird es schwierig, Ergebnisse zu erzielen", resümierte dbb-Verhandlungsführer Ulrich Silberbach. Er machte seiner Enttäuschung über den Stand der Verhandlungen Luft und rief dazu auf, in den nächsten vier Wochen bis zur Abschlussrunde Aktionen und Streiks zu intensivieren. Allerdings verzichten wir wegen der Pandemie weiterhin auf große Demonstrationen – und

machen stattdessen die Dienststellen zum Ort des Protests.



vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Bei den ersten branchenspezifischen Aktionen hat die vbba in den Arbeitsagenturen und Jobcentern bundesweit ein starkes Zeichen gesetzt. Am vbba-Aktionstag hatten sich an über 50 Orten Kolleginnen und Kollegen an den verschiedenen Aktionen der vbba beteiligt. Auch beim Auftakt zur 2. Verhandlungsrunde war die vbba vor Ort in Potsdam – und in der Tagesschau. Unsere Forderungen müssen bei den anstehenden Tarifverhandlungen Beachtung finden.

Wir sind systemrelevant!

Protestkundgebungen

Faire Einkommenserhöhung mit Zukunftsperspektiven für junge Beschäftigte gefordert

Beschäftigte aus vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes zogen am Mittag des 24. September unter strikter Einhaltung der Corona-Infektionsschutzregeln vom VKA-Sitz am Spittelmarkt zum Bundesministerium der Finanzen in der Wilhelmstraße

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach kritisierte das Verharren der Arbeitgeber in veralteten Ritualen: "Obwohl wir Bereitschaft signalisiert haben, an konkreten Kompromissen zu arbeiten und obwohl

der Bund bereits ein milliardenschweres Unterstützungspaket für die Kommunen aufgelegt hat, verweisen die Arbeitgeber stur auf angeblich leere Kassen und zeigen damit gerade denjenigen, die den Laden in der Krise unter schweren Bedingungen am Laufen gehalten haben, die kalte Schulter." Was die Kolleginnen und Kollegen jetzt verlangen sei kein "Krisenbonus", so Silberbach. Vielmehr gehe es "um eine faire Einkommenserhöhung mit Zukunftsperspektiven für junge Beschäftigte, die im öffentlichen Dienst dringend



Gewerkschaft Arbeit und Soziales



Auch die vbba beteiligte sich an der Protestkundgebung; Foto: dbb

gebraucht werden." Der dbb Chef forderte die Arbeitgeberseite auf, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. "Das hat auch etwas mit Wertschätzung und Respekt zu tun!"

30 Jahre Deutsche Einheit

Gleiche Arbeitszeit für alle

Zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit hat der dbb beamtenbund und tarifunion die immer noch eklatanten Unterschiede für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Ost und West angemahnt.

Die vbba war dabei und hat "Flagge" gezeigt.

"Wir können uns 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr damit abfinden. dass Beschäftigte im kommunalen öffentlichen Dienst immer noch unterschiedlich lange arbeiten müssen", betonte dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer am 3. Oktober vor der Oberbaumbrücke in Berlin. "Die aktuelle Einkommensrunde in Bund und Kommunen ist daher ein guter Anlass, mit dieser Unsitte zu brechen." Neben dem geschichtsträchtigen Ort an der ehemaligen innerdeutschen Grenze protestierten Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auch in weiteren Städten wie Rostock, Halle/Saale, Dresden und Gotha.

Dazu, so der dbb Tarifchef weiter, gebe es laut einer aktuellen Forsa-Umfrage, die im Auftrag des dbb durchgeführt wurde, auch überwältigenden Rückhalt in der Bevölkerung. Danach finden nicht nur 88 Prozent der Ostdeutschen die Ungleichbehandlung sehr oder ziemlich ungerecht, sondern auch 66 Prozent der Westdeutschen. "Die Arbeitgeber haben uns hingegen 30 Jahre nach der Einheit nur eine Angleichung über fünf weitere Jahre angeboten", kritisierte Geyer. "Das ist auf ganzer Linie enttäuschend."

Auch die dbb frauen sehen die Angleichung der Arbeitsstunden in Ost und West als einen längst überfälligen Schritt auf dem Weg zu echter Gleichstellung.

"Es kann nicht sein, dass unser Land weiterhin zweigeteilt ist und zwar in zwei Wochenarbeitszeitzonen. Und je länger daran festgehalten wird, umso größer werden die damit verbundenen Ungerechtigkeiten. Deshalb müssen wir weg von der 40-Stunden-Woche für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung in den östlichen Bundesländern", forderte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauen, bereits am 2. Oktober 2020 mit Blick auf den Tag der Deutschen Einheit.

Mit einer ungewöhnlichen Aktion unterstrichen die dbb frauen ihre Forderungen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den aktuellen Tarifverhandlun-



Gewerkschaft Arbeit und Soziales



Die vbba zeigt Flagge



Ungewöhnliche Aktion der dbb frauen; Foto: dbb

gen für Bund und Kommunen. Mit einem Boot kreuzten sie auf der Spree zwischen Ost- und West-Berlin, eine eindeutige Botschaft an die Arbeitgeber an Bord: "Wir Frauen im öffentlichen Dienst sind systemrelevant. 4,8 Prozent mehr Lohn sind gerecht!"

Solidaritätserklärung GDL

Forderungen der Gewerkschaften erfahren starken Rückhalt

"Wir haben anstrengende Wochen hinter uns und es stehen uns schwere Wochen bevor", zog dbb Tarifchef Volker Geyer am 8. Oktober Zwischenbilanz. Die Hälfte der zweiten Aktionsphase sei vorbei, aber bis zum Start der dritten Verhandlungsrunde am 22. Oktober gebe es noch viel zu tun - zumal die Umstände keine großen Kundgebungen und Demonstrationen zuließen.

"Schwer sind die Zeiten nicht allein wegen der Corona-Pandemie, sondern auch, weil wir Arbeitgebern gegenüberstehen, die sich aktuell einmauern", betonte der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb. Da sei es wichtig, dass Unterstützung aus

der coronageplagten Öffentlichkeit spürbar wird.

"Es freut uns daher auch, dass wir Solidarität von einer Gewerkschaft erfahren, die aus eigener Erfahrung genau weiß, was es bedeutet, unter widrigen Bedingungen erfolgreich zu sein", so Geyer weiter. Anfang Oktober hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) eine Solidaritätserklärung an dbb Chef Ulrich Silberbach und an den ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Werneke geschickt. Im Text heißt es: "Lasst euch nicht mit warmen Worten und gefälligen Gesten abspeisen."



Gewerkschaft Arbeit und Soziales



Bewegung und Fortschritt?

Arbeitgeber machen ein erstes Angebot

Die Verhandlungsführer von ver.di und dbb, Frank Werneke und Ulrich Silberbach, haben das Arbeitgeberangebot in der Einkommensrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen als völlig unzureichend bezeichnet.

In die aktuelle Einkommensrunde ist Bewegung gekommen. Ob das am 16. Oktober von den Arbeitgebern per Mail vorgelegte Angebot nur Bewegung simuliert oder auch tatsächlich einen Fortschritt darstellt, "wird sich erst zeigen, wenn wir uns ab Donnerstag wieder in Potsdam treffen und über dieses Angebot in Verhandlungen eintreten. Denn klar ist auf jeden Fall, dass das Angebot in seiner heutigen Form bei Weitem nicht ausreicht", so dbb Chef Ulrich Silberbach in einer ersten Bewertung vor der Bundestarifkommission des dbb.

"Tarifverhandlungen sind ein Marathonlauf. Einerseits wird der nicht auf den ersten Metern entschieden, andererseits muss man natürlich überhaupt erstmal loslaufen. Vor dieser Erkenntnis haben sich die Arbeitgeber sechs Wochen lang gedrückt. Ob nun das heute vorgelegte Angebot ein erster Schritt in die richtige Richtung ist oder nur eine Nebelkerze, um in der Öffentlichkeit nicht als Verweigerer dazustehen, wird sich nächste Woche zeigen. Wir erkennen positive Details, wir sehen aber auch, was alles fehlt."

Auszug der Kernelemente des Angebots:

Lineare Erhöhung und Laufzeit

Ab 1. März 2021 1,0 Prozent (mindestens 30 Euro).

Ab 1. März 2022 weitere 1,0 Prozent Ab 1. März 2023 weitere 1,5 Prozent

Die Laufzeit beträgt beim Arbeitgeberangebot drei Jahre. Die Laufzeit ist also extrem lang und für die ersten sechs Monate wollen die Arbeitgeber die Entgelttabelle nicht erhöhen. Das wären schlicht Nullmonate. Stattdessen wollen die Arbeitgeber eine Corona-Prämie von 300 Euro zahlen.

Azubis

Für die Azubis gilt linear das gleiche Angebot wie oben. Das ist meilenweit von der Forderung nach 100 Euro entfernt. Die Übernahmeregelung entspricht den Regelungen der letzten Jahre.



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Ost-West-Angleichung

Die Ost-West-Angleichung würde nach den Vorstellungen der Arbeitgeber weit nach hinten geschoben. Zum 1. Januar 2023 wird die Arbeitszeit auf 39,5 Stunden reduziert und ein Jahr später nochmals um eine halbe Stunde. Bis 2023 würde sich nach Vorstellungen der Arbeitgeber nichts ändern. Dass die Arbeitgeber 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin auf Zeit spielen, ist nicht zu akzeptieren.

Fazit

Die Gewerkschaften seien sich im Klaren, dass eine Tarifeinigung nicht ohne Entgegenkommen beider Seiten zu haben sein wird, so dbb-Chef Silberbach. "Das heute vorgelegte Angebot reicht aber hinten und vorne nicht. Genauso wie die Gewerkschaftsforderungen nicht das letzte Wort sind, kann und wird es auch dieses erste Angebot der Arbeitgeber von Bund und Kommunen nicht sein."

Mit dem vorliegenden Angebot welches weit weg ist von unserer Forderung- wird es zu weiteren Warnstreiks kommen.

Warnstreiks

Protestkundgebung vor Ulmer Münster





Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Die vbba bei der Protestkundgebung vor dem Ulmer Münster; Foto: dbb

Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes haben am 8. Oktober mit einer gemeinsamen Kundgebung in Ulm auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. Vor dem Ulmer Münster pochten sie auf bessere Arbeitsbedingungen.

Unter strikter Einhaltung der Corona-Infektionsschutzregeln protestierten sie gegen die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite. "Obwohl wir von Anfang an kompromissbereit waren, verweisen die Arbeitgeber stur auf angeblich leere Kassen", betonte Kai Rosenberger, Landes-



STREIK STREIK STREIK STREIK

vorsitzender des BBW Beamtenbundes Baden-Württemberg. "Damit zeigen sie gerade denjenigen die kalte Schulter, die die Republik unter schwersten Bedingungen durch die Krise hindurch am Laufen gehalten haben." Eine Entgelterhöhung von 4,8 Prozent, aber mindestens 150

Euro, sei keineswegs unangemessen, so Rosenberger - sondern angesichts der Umstände eine faire Forderung. Der BBW Chef appellierte an die Arbeitgeber, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen: "Das hat auch etwas mit Wertschätzung und Respekt zu tun."

"Helden in der Krise brauchen keinen Orden sondern Gehalt" war ein sehr treffender Spruch und hat die Kundgebung begleitet und wir die vbba waren dabei.

Gemeinsamer Warnstreik in Ulm





Fotos: Landesgruppe Baden-Württemberg

Nachdem in der Vorwoche der dbb zu einem Warnstreik aufgerufen hatte, fand am 15. Oktober eine entsprechende Aktion von ver.di in Ulm statt, an der sich die Landesgruppe Baden-Württemberg mit einer Abordnung beteiligt hat.

Schön ist, dass Kolleginnen und Kollegen beieinanderstanden und es total egal war, von welcher Gewerkschaft man ist - sondern dass man gemeinsam zusammensteht.

Wir haben eine gemeinsame Forderung und ein Ziel.

Dresden: Arbeitszeitmauer muss weg

In Dresden haben Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 14. Oktober im strömenden Regen mit einer Protestaktion die Angleichung der Arbeitszeit Ost an West für Kommunalbeschäftigte angemahnt. Die vbba war dabei und hat "Flagge" gezeigt.

"Dass die Arbeitgeber die Corona-Krise jetzt als Ausrede benutzen, um die Angleichung immer weiter zu verzögern, ist völlig inakzeptabel. Seit 30 Jahren hören wir hierzu immer neue Ausreden," empörte sich der stellvertretende Vorsitzende der dbb-Bundestarifkommission, Jens Weichelt, auf der Kundgebung der Gewerkschaften des Sächsische Beamtenbundes: "Die aktuelle Einkommensrunde mit Bund und Kommunen ist eine gute Gelegenheit, diese Ungerechtigkeit endlich zu beseitigen. Die Arbeitszeitmauer zwischen Ost und West muss weg."

Fotos: dbb



STREIK STREIK STREIK STREIK

STREIK STREIK STREIK STREIK

Warnstreiks in weiteren Regionen



Nürnberg



München



Mitarbeiter von Jobcenter und Agentur für Arbeit am Standort **Kaltenkirchen** haben sich am 21. Oktober am Warnstreik der beiden Gewerkschaften Komba und vbba beteiligt und legten die Arbeit nieder.

Auch der 19.Oktober war wieder von vbba Aktionen beispielsweise in **München** und **Nürnberg** geprägt. Unsere Forderung steht und wir haben ein Ziel vor Augen.

Natürlich waren auch andere Gewerkschaften wie die "komba" an diesem Tag auf der Straße.

Unter dem Motto "Meter für Moneten" radelten Beschäftigte der Stadt **Bonn** durch die Innenstadt der Rheinmetropole, um für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu demonstrieren.



Am Tag der Deutschen Einheit fand auch in **Rostock** eine besondere Aktion statt.

Explizit zu dem Thema Arbeitszeit haben wir die Beschäftigten des kommunalen Trägers im Jobcenter und unsere Bundesbeamten aufgefordert, für die Angleichung der Wochenarbeitszeit im Rahmen dieser Mahnwache ein besonderes Zeichen zu setzen



Unter dem Motto "Warnstreik statt Landesgewerkschaftstag" haben unsere Kolleginnen und Kollegen (einschließlich eine zukünftige Fachkraft und vbba Mitglied) für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen in **Duisburg** demonstriert.



Kolleginnen und Kollegen aus Arbeitsagenturen, Jobcentern und der Regionaldirektion im RD-Bezirk RPS machten klar, dass von der Arbeitgeberseite mehr als nur warme Worte kommen müssen. Zahlreiche vbba-Mitglieder waren dem Aufruf gefolgt. Auch der neue Landesvorsitzende der vbba RPS Roland Weimer reiste aus dem Westerwald an, um die vbba zu unterstützen.

Tarifabschluss

Einigung in der dritten Verhandlungsrunde

Am 25. Oktober hat sich der dbb mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der dritten Verhandlungsrunde nach intensiven Verhandlungen auf einen Tarifabschluss in der Einkommensrunde 2020 geeinigt.

Entgegen der sonstigen Gepflogenheiten lag das Angebot der Arbeitgeber bereits eine Woche vor der Verhandlungsrunde vor und wurde zeitgleich in der Presse veröffentlicht. Damit hoffte man, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und machte damit auch Stimmung gegen die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften. Dieses Angebot war völlig unzureichend. Die Laufzeit war mit 36

Monaten viel zu lang. Die lineare Erhöhung der Entgelte um ein Prozent nach 7 Nullmonaten nicht annehmbar. Dagegen haben wir uns gewehrt und viele Kolleginnen und Kollegen haben ihrem Unmut in Streiks Ausdruck verliehen. Durch die corona-bedingten Einschränkungen konnten diese Streiks natürlich nicht die Kraft und Medienwirksamkeit der vergangenen Jahre erreichen. Das hat den Arbeitgebern in die Karten gespielt.

Auch deshalb war es ein besonders zähes Ringen um jeden Prozentpunkt, jeden Monat und jede Formulierung. Erst in den frühen Morgenstunden des Sonntags konnte die Bundestarifkommission vertreten



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

durch Heidrun Osang, Manfred Klar und Karsten Staß für die vbba dem Einigungspapier zustimmen.

Wir sind der Meinung, dass unter diesen erschwerten Umständen ein guter Kompromiss erzielt werden konnte. Besonders wenn man weiß wie verhärtet die Fronten zu Beginn der Verhandlungen waren und wie unbeweglich sich die Arbeitgeber gezeigt haben.

Die wesentlichen Bestandteile der Tarifeinigung:

Die Tabellenentgelte werden einschließlich der Beträge aus individuellen Zwischenund Endstufen

- ab dem 01.04.2021 um 1,4 Prozent, mindestens aber um 50,00 Euro und
- **ab dem 01.04.2022** um weitere 1,8 Prozent erhöht.

Vereinbart wird außerdem eine Corona-Sonderzahlung, die mit dem Tabellenentgelt des Monats Dezember 2020 ausgezahlt wird. Voraussetzung ist, dass das Arbeitsverhältnis am 01.10.2020 bestand und an mindestens einem Tag zwischen dem 01.03.2020 und dem 31.10.2020 Anspruch auf Entgelt bestanden hat.

Die Höhe der einmaligen Zahlung beträgt bezogen auf die Entgeltgruppen des TV ÖD

- für die Entgeltgruppen 1 bis 8: 600.00 Euro
- für die Entgeltgruppen 9a bis 12: 400,00 Euro
- für die Entgeltgruppen 13 bis 15: 300,00 Euro

und ist im Sinne des § 3 Nr. 11 a ESTG steuerfrei (sofern es noch keine anderen diesbezüglichen Sonderzahlungen gab). Eine Anpassung an unseren TV BA muss hier noch erfolgen.

Die monatlichen Ausbildungsentgelte und die Praktikantenentgelte werden

- ab dem 01.04.2021 um 25,00 Euro und
- **ab dem 01.04.2022** um weitere 25,00 Euro erhöht.

Das monatliche Studienentgelt wird

- ab dem 01.04.2021 um 50,00 Euro und
- ab dem 01.04.2022 um weitere 25,00 Euro erhöht. Die Laufzeit endet am 31.12.2022.

Fazit: In Anbetracht dieser Ausgangssituation konnte ein tragfähiger Kompromiss herausgehandelt werden.

Die vbba fordert, zeitnah die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifkompromisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger.





Gewerkschaft Arbeit und Soziales

HPR-Fraktion berichtet

HPR Info August

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dem HPR wurde der aktuelle Stand der Initiative "Personalarbeit der Zukunft" vorgestellt. Neben der bisherigen und geplanten weiteren Arbeits- und Vorgehensweise haben wir uns auch über inhaltliche Themen ausgetauscht.

Über die eingerichtete Mitmach-Plattform "Change it" (https://ideenwerkstatt.arbeitsagentur.de/login) konnten und können alle Beschäftigten die Personalthemen platzieren, kommentieren und diskutieren, die sie bewegen. Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich beteiligen, umso aussagekräftiger und repräsentativer sind die Erkenntnisse.

Einige der bereits benannten Themen sind "Dauerbrenner" (z. B. Tarifierungsfragen, Homeoffice), andere neu. Momentan stehen die beiden "Top-Themen" Reisemanagement und Personalentwicklung im Fokus. Was konkret noch alles durch das Projekt aufgegriffen und (im Sinne der Kolleginnen und Kollegen) positiv bearbeitet wird, bleibt abzuwarten. Aus Rückmeldungen wissen wir: Mit "Change it" wurden und werden bei den Kolleginnen und Kollegen erneut Hoffnungen auf mehr Beteiligung und Lösung von drängenden Problemen geweckt. Diese dürfen nicht enttäuscht werden.

oben v.l.n.r.: Christian Löschner, Gabriele Sauer, Sören Deglow, Heidrun Osang, Jürgen Blischke, Sarah Saskia Hinz, Steffen Grabe, unten v.l.n.r.: Karin Schneider, Susanne Oppermann, Annette von Brauchitsch-Lavaulx, Agnes Ranke

Als Fraktion im HPR und als Fachgewerkschaft werden wir deshalb sehr genau hinschauen und konstruktiv an Lösungen zum Wohle der Beschäftigten mitarbeiten. Wir erwarten seitens der BA eine offene und ehrliche Kommunikation, insbesondere wenn sich Vorschläge (aus welchen Gründen auch immer) aus ihrer Sicht als nicht umsetzbar erweisen.

Alle Kolleginnen und Kollegen haben es mit dem flächendeckend verteilten Passierschein "schwarz auf weiß" bekommen - wir sind systemrelevant. Das haben wir durch unsere Flexibilität und aute Arbeit bewiesen - und beweisen es weiter Tag für Tag. Vertreter aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bedankten sich öffentlich. Es gab Schreiben an alle Beschäftigten mit wohlklingenden Dankesworten - auch vom BA-Vorstand und dem Verwaltungsrat der BA. Das tat gut, doch unsere Kolleginnen und Kollegen haben für die in allen Bereichen erbrachten besonderen Leistungen schon etwas mehr als "nur" Worte verdient!

Insofern begrüßen wir, dass der BA-Vorstand bereit ist, als Zeichen der Anerkennung einen zusätzlichen Urlaubstag zu gewähren. Für uns verwunderlich ist aber, dass nun im Verwaltungsrat der BA – bei der Arbeitgeberbank – noch Über-

zeugungsarbeit geleistet werden muss. Der HPR wird sich deshalb schriftlich an den Verwaltungsrat wenden.

Einführung der Videokommunikation in der Berufsberatung sowie Rehabilitation und Teilhabe

Seit Mitte März stellt der direkte persönliche Kundenkontakt die Ausnahme dar. Aber auch bisher gewohnte Außendienste (z. B. an die Schulen) sind nicht mehr möglich. Somit sind unsere Kundinnen und Kunden auf alternative Zugangswege angewiesen. Zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen soll vorerst auch weiterhin der direkte persönliche Kontakt nur in Notfällen erfolgen.

In den Bereichen Berufsberatung (v.d.E.) sowie Rehabilitation und Teilhabe soll deshalb als weiteres (optionales) Angebot die Kommunikation/Beratung über Video ermöglicht werden. Maßgeblich hierfür ist der Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen sowie der besondere und dringliche Unterstützungsbedarf der betroffenen Kundengruppen. Der Regelfall soll auch zukünftig das persönliche Beratungsgespräch bleiben. Nach Ansicht der BA stellt die Videokommunikation aber ein geeignetes Medium mit persönlicher Interaktion dar, um ein professionelles Beratungsangebot zu flankieren.

Wir erkennen an, dass es insbesondere in der jetzigen Situation Möglichkeiten geben muss, um den eingeschränkten persönlichen Kontakt zu kompensieren. Uns ist der Gesundheits-/Arbeitsschutz unserer Kolleginnen und Kollegen wichtig – aber auch wir wissen, dass gerade in den beiden Bereichen die Kundinnen und Kunden besonders auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Insofern sehen wir die Videokommunikation als guten Kompromiss.

Uns waren zwei Punkte besonders wichtig, die auch entsprechend von der Zentrale zugesagt wurden:

- Die Teilnahme an der Videokommunikation ist freiwillig, die Kolleginnen und Kollegen entscheiden, ob sie die Videokommunikation nutzen wollen.
- Quotierungen oder Erwartungswerte wird es seitens der Zentrale – und soll es durch die Regionaldirektionen und Agenturen – nicht geben.

Die Servicecenter werden durch die Terminierung der Videokommunikation für die Berufsberatung einen Mehraufwand haben, die BA geht von bundesweit ca. 10 Jahreskräften aus. Wir werden hier genau hinschauen und nachhaken, wie sich die Belastung dann tatsächlich in der Praxis entwickelt.

Fachkonzept Betriebsnummernservice (BNS) – Optimierung der Qualitätssicherung

Arbeitgeber sind verpflichtet, Änderungen der Angaben zum Beschäftigungsbetrieb elektronisch an die BA zu übermitteln. Die Datenqualität im BNS hat intern unmittelbar Auswirkungen auf die Arbeit des Operativen Service und des Arbeitgeberservice, extern hängen verschiedene statistische Erhebungen von gut gepflegten Betriebsdaten ab.

Die derzeitige Datenübermittlung ist oftmals fehlerhaft, was zu erheblichen Nacharbeiten im BNS führt, denn es sind manuelle Prüfungen der übermittelten Daten notwendig. Zur Vereinfachung der Prüfungen wird nun – zunächst ab 17. August für 3 Monate testweise – ein Qualitätstool eingeführt, um bis zu einer möglichen Einführung im BNS praktische Erfahrungen in der Nutzung zu erhalten.

Erprobung der Videoberatung für Arbeitgeberkunden

Die Beratung von Arbeitgebern gewinnt einen immer größeren Stellenwert in den Aufgaben des Arbeitgeber-Service. Die Megatrends Strukturwandel, demografische Entwicklung und Digitalisierung führen zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Die BA sieht sich als Partner für die Entwicklung von Lösungen für die Unternehmen.

Dies bedingt einen regen Austausch mit den Arbeitgebern vor Ort, sei es durch Betriebsbesuche oder Telefonate. Die in den letzten Monaten gesammelten positiven Erfahrungen mit digitalen Kommunikationskanälen sollen für die Arbeit des Arbeitgeber-Service ausführlich getestet und weiterentwickelt werden. In der Agentur für Arbeit Augsburg werden deshalb demnächst vier Kollegen/Kolleginnen die Videoberatung via Skype-Business testen.

Der HPR hat darauf geachtet, dass in der 3-monatigen Testphase die positiven, wie auch kritischen Erfahrungen gesammelt und vor einer Flächeneinführung ausgewertet werden.

Weiterentwicklung der Großkundenbetreuung (GKB) zu einem Key Account Management (KAM); Konzept zur Pilotierung des KAM und der GKB durch den Arbeitgeber-Service

Auf Basis eines Vorstandsbeschlusses soll die Großkundenbetreuung zu einem Key Account Management weiterentwickelt werden. Zugrunde liegt der Entwurf des Fach- und Organisationskonzepts des Key Account Managements der BA. Dieses sieht vor, dass Key-Account-Manager und deren Back-Office die vollständige Betreuung (inklusive Stellenbetreuung) von bis zu 100 strategisch wichtigen Unternehmen übernehmen. Im Gegenzug werden die bisher betreuten Unternehmen an die Agenturen für Arbeit am Betriebssitz zurückgegeben.

Zur HPR-Sitzung lag nun ein Konzept zur 6-monatigen Pilotierung in der Region West der Großkundenbetreuung (RD-Bezirke Hessen, Rheinland-Pfalz – Saarland und Nordrhein-Westfalen) vor.

Einer geplanten Flächeneinführung stehen wir skeptisch gegenüber. Uns ist bewusst, dass die Rückgabe von bisher durch die GKB betreuten Arbeitgebern zu Mehrbelastungen im Arbeitgeber-Service führen kann. Deshalb beinhaltet die Pilotierung auch eine quantitative und qualitative Evaluierung der Auswirkungen vor Ort. Erst nach Vorliegen der Ergebnisse wird der HPR sich mit der Flächeneinführung und den arbeitgeberseitigen Bewertungen von Dienstposten abschließend befassen.

Erprobung der teilautomatisierten Bearbeitung von DALEB-Überschneidungsmitteilungen

Der elektronische Datenabgleich der Leistungsempfängerdatei mit der Beschäftigtendatei (DALEB) produziert in den Operativen Services (AlgPlus) Überschneidungsmitteilungen in erheblichem Umfang. Mit dem dritten Umsetzungsbaustein des Projektes AIDAV (Automatisierung in der Arbeitslosenversicherung) wird jetzt eine teilautomatisierte Prüfung und Bearbeitung in den Agenturen Potsdam, Cottbus und Leipzig erprobt. Durch diese Teilautomatisierung sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im OS künftig erst dann tätig werden, wenn die Rückmeldung der Kundinnen bzw. Kunden eingeht oder die gesetzte Wiedervorlage fällig wird. Dabei bleibt die Verantwortung über eine Rückforderung oder die notwendige Anfrage an den Arbeitgeber weiterhin in der Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des OS.

Die gemeinsame Erprobung ermöglicht, die Anforderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits in der Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu wird in den OS eine Plausibilitäts- und Richtigkeitskontrolle der vom Automaten erzeugten "Automatisierungsprotokolle" durchgeführt, um Abweichungen festzustellen und diese in die Automatenoptimierung einfließen lassen zu können.

Auswertungen zur tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung

Aktuell wird im Zuge von Corona die Anzahl von Unterstützerinnen und Unterstützern für die systemrelevanten Bereiche sowie der tatsächlich arbeitsfähigen Beschäftigten (z. B. für die Aufgabenbereiche KIA und AlgPlus) über eine ZKM-Erhebung bei den AA, OS und gE ermittelt. Die relevanten Informationen zur Arbeitsfähigkeit werden dezentral manuell erhoben und zentral manuell ausgewertet. Die örtlichen Meldungen werden zudem zentral manuell geprüft, nachgefordert und ggfs. bereinigt.

Zukünftig sollen die benötigten Informationen aus dem ERP System verwendet werden, dafür wird die Erhebung durch die ZKM-Abfrage eingestellt. Mit dem Objekt "Aufgabe" steht in ERP/SAP eine Möglichkeit zur Verfügung, dass durch OM/SW entsprechende Daten erfasst und diese dann zentral ausgewertet werden können. Mit der Weisung wird die einheitliche Anwendung durch die IS Personal geregelt. Die Daten sollen über FIS den Berechtigten zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben sowohl die Aussagekraft der Daten (es kann derzeit nur die Brutto-Kapazität ausgewertet werden) als auch den Aufwand für die erstmalige Erfassung und die laufende Pflege bei Fluktuationen der unterstützenden Beschäftigten im Personalbereich kritisch hinterfragt.

Nach Ansicht der Zentrale kann jedoch nur so eine aussagekräftige Datenqualität erreicht werden und ggf. eintretende Mehrbelastungen in OM/SW werden durch Entlastungen in den operativen Bereichen aufgewogen.



ERP Klärliste für Arbeitsanstöße im Inkasso (2. Stufe) und Winterbeschäftigungsumlagen-Einzug

Im März 2020 wurde im Inkasso-Service die erste Ausbaustufe der ERP Klärliste für Arbeitsanstöße eingeführt. Die Bearbeitung der Bearbeitungshinweise erfolgt seitdem erfolgreich über die ERP-Klärliste. Die Verteilung und Bearbeitung von weiteren Arbeitsanstößen (Post, E-Mail) erfolgt derzeit noch manuell, dies ist nicht medienbruchfrei und bindet vor Ort erhebliche Kapazitäten. Die Verteilung im Bereich der Winterbeschäftigungsumlagen-Einzug (WBU) erfolgt identisch.

Die Ausbaustufe 2 beinhaltet für Inkasso die Bereitstellung von Poststücken, E-Mails, Faxen und ausgewählten Arbeitsanstößen aus ERP in der Klärliste.

Für den Bereich der WBU erfolgt nun die initiale Bereitstellung der ERP Klärliste. Dabei handelt es sich um eine zum Inkasso identische Klärliste zur Abbildung von Arbeitsanstößen.

Das Steuerungsinstrument dient ausschließlich dazu, die Auslastung im Team sowie die Zielerreichung steuern zu können. Teamleiterinnen und Teamleiter können im Falle einer Abwesenheit einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters die liegengebliebenen Arbeitsanstöße zurücknehmen.

Nicht erlaubt ist die Nutzung zu Kontrollzwecken einzelner Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter!

Planung der Ausbildungsorganisation ab September 2020

Aufgrund der regional unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen wird für die Planung der Ausbildungsorganisation eine Flexibilisierung zugelassen. Vom Ausbildungsplan kann in folgenden Punkten abgewichen werden:

• Einstellungsjahrgang 2020:

Einführungstage, Planspiel und Lehrgänge

Das im September 2020 eingeplante Planspiel kann verschoben und bis zum Ende des I. Quartals 2021 nachgeholt werden, sofern die Rahmenbedingungen eine Durchführung zulassen.

Als Alternative kann das Planspiel als Methode bei Bedarf wegfallen. Das Lernziel des Planspiels muss dann mit anderen Formaten erreicht werden. Die Einführungstage und der Lehrgang 1 können dazu jeweils auf bis zu zwei Wochen verlängert werden.

• Einstellungsjahrgang 2018 und 2019: Unterstützungsleistung, Lernmodule und Lehrgänge

Damit alle Auszubildenden regulär und in der vorgesehenen Zeit ihre Ausbildung absolvieren können, endet die Einbindung der Auszubildenden in die Unterstützung der OS zum 31.08.2020. Aufgrund der zeitlichen Verschiebungen und der Pandemie-bedingten Einschränkungen kann von den Strukturplänen der Lernmodule und Lehrgängen abgewichen werden, sofern sichergestellt ist, dass alle Lerninhalte sachgerecht vermittelt werden.

Die Internen Services entscheiden in Abstimmung mit der jeweiligen Regionaldirektion, in welcher Form die Planspielinhalte umgesetzt werden. Die Vermittlung der Ausbildungsinhalte und der Erwerb beruflicher Handlungskompetenz der Auszubildenden ist sicherzustellen.

Wichtigstes Ziel ist die Sicherstellung der Ausbildung. Dort, wo aus Gründen des Gesundheitsschutzes regionale Besonderheiten beim Ablauf beachtet werden müssen, sind diese möglich. Das begrüßen wir.

HPR Info September

vbba-Aktionstag - HPR-Fraktion der vbba war aus Überzeugung dabei

Auch wir waren dabei – mit Maske und unter Einhaltung der Corona-Schutzbestimmungen: Die Mitglieder der vbba-HPR Fraktion haben sich gerne am bundesweiten Aktionstag der vbba im Rahmen der Einkommensrunde 2020 in Nürnberg vor der Zentrale beteiligt. Das Ergebnis der laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst muss erkennen lassen: Die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen wird gerade in der Corona-Krise wirklich wertgeschätzt. Ihre Arbeit ist - mehr - wert!

Die vbba wird nicht leiser, bis es Bewegung von Arbeitgeberseite in der Tarifrunde geben wird!

Aktuelle Informationen aus der September-Sitzung

Mit den schwerwiegenden Auswirkungen der Corona-Pandemie ist die BA enorm gefordert. Die Zentrale hat, meist in enger Zusammenarbeit mit dem HPR, im Frühjahr in kürzester Zeit geänderte Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Bewältigung unserer systemrelevanten Aufgabe geschaffen. Diese

trugen zur Vereinfachung von Prozessen und Aufgaben bei, machten "Homeoffice" und Unterstützung besonders geforderter Kolleginnen und Kollegen in großem Maßstab erst möglich. Die freiwillige Bereitschaft zur Unterstützung ist beeindruckend!

Aber: Wichtige Vereinbarungen sind nur bis zum 30.09. oder 31.12.2020 befristet. Die Zeit für Handlungsentscheidungen für die kommenden Monate drängt! Viele Mitarbeitende der BA stellen - auch uns als HPR-Mitgliedern - berechtigte Fragen: Wie geht es jetzt weiter? Wie soll vor Ort in den Agenturen gehandelt werden? Wie wird der "operative Übergang" gehandhabt?

Die Dienstvereinbarung DV-COVID19 wurde angepasst. Der Arbeitszeitrahmen ist nun bis 31.12.2020 von 6-22 Uhr (Mo-Do) bzw. wegen der notwendigen IT-Sicherungen auf 6-20 Uhr (Fr) festgelegt. Dieser weite Rahmen erhöht die Flexibilität der Kolleginnen und Kollegen vor Ort – doch kann dies keine Lösung für die personelle Unterausstattung in dieser Krisensituation sein. Wir brauchen in den relevanten Bereichen mehr Personal. Der HPR hatte sich mit einem Schreiben an BA-Vorstand und - im Verwaltungsrat gewandt – die

Antwort des Vorstands liegt mittlerweile vor und ist im Intranet der Bundesagentur für Arbeit einsehbar.

Die Zentrale muss zudem erklären, welche Dienstleistungen priorisiert werden sollen! Priorisieren kann nicht heißen: Wir machen in allen Bereichen mit der gleichen oder geringeren Personalstärke mehr! Es muss mutige Entscheidungen unter dem Motto "Alles geht nicht!" geben!

Bis Ende 2020 sollte mehr Klarheit über die geforderte personelle Verstärkung bestehen. In diesem Zusammenhang wird sich der HPR erneut mit den Regelungen der DV-COVID19 beschäftigen.

Eigentlich sind wir mit der Erwartung zur September-HPR-Sitzung gefahren, dass uns ein "Paket" an Regelungen zur Verlängerung oder zum Auslauf der (oft bis Ende September) befristeten vielfältigen Weisungen und Dienstvereinbarungen vorgelegt wird.

Doch zu vielen offenen Punkten (Anwendung der neuen SARS-COV-2- Arbeitsschutzregeln, Ident-Prüfungen, Dienstreiseregelungen, Freiwilligkeit von

Dienstreisen, Arbeit an Schulen und Wahrnehmung von externen Terminen wie Elternabenden etc.) gibt es noch Gespräche – und voraussichtlich eine HPR-Sondersitzung noch im September.

Der Gesundheitsschutz für unsere Beschäftigten (damit auch die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit) und für die Kundinnen und Kunden hatte bisher in der BA Vorrang vor schnellen Öffnungsszenarien. Nun gabes hier in der Kommunikation und durch unterschiedliche Entscheidungen vor Ort Irritationen bei den Kolleginnen und Kollegen.

Wir fordern rechtzeitige und nachvollziehbare Entscheidungen – (weiterhin) ausgerichtet am Gesundheitsschutz der Beschäftigten und unter Einbindung der jeweiligen Personalvertretung!

Dienstvereinbarungen

Wie bereits mehrfach berichtet, arbeitet der HPR mit der Zentrale an der Aktualisierung und Neufassung der Dienstvereinbarung zur Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Diese ist nunmehr – nach erneut verhandelten Anpassungen – in der finalen Abstimmung. Darüber hinaus wird aktuell an einer neuen Dienstvereinbarung zum Lernen in der BA gearbeitet, die die bisherige Dienstvereinbarung E-Learning in der BA (HEGA 12/11-19) ablösen soll. Außerdem wird es unumgänglich sein, sich zeitnah mit einer Aktualisierung der Dienstvereinbarung zur Tele- und Mobilarbeit zu befassen.

Namentliche Protokollierung an Oberfläche E-AKTE mit Einführung der Papierkorb-Funktion

Im IT-Verfahren E-Akte soll mit der Programmversion zum 16.11.2020 eine Papierkorbfunktion eingerichtet werden. Die Funktion wird auf Wunsch der Anwenderinnen und Anwender eingerichtet, da eine Wiederherstellung gelöschter Dokumente bislang nicht möglich war. Es kann ausgewählt werden, ob das Dokument sofort dauerhaft gelöscht oder in einen Papierkorb verschoben werden soll. Hier soll es einen "benutzerspezifischen" Papierkorb und einen "aktenspezifischen" Papierkorb geben. Versehentlich manuell gelöschte Dokumente können so innerhalb eines begrenzten Zeitraumes von sieben Tagen bei Bedarf wiederhergestellt werden, ehe sie dort automatisch endgültig gelöscht werden. Auch aus den Papierkörben heraus kann bei Bedarf eine sofortige dauerhafte Löschung erfolgen. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und Transparenz ist auch hier (wie z. B. bei der z.d.A.-Verfügung) eine namentliche Protokollierung (mit Benutzerkennung) vorgenommener Lösch- und Wiederherstellungsvorgänge

im Akten- bzw. Dokumentjournal vorgesehen. Diese ist nur für diejenigen Mitarbeitenden an der Oberfläche sichtbar, die grundsätzlich zugriffsberechtigt auf die jeweiligen Akten bzw. Dokumente sind. Eine mitarbeiterbezogene technische Auswertungsmöglichkeit der namentlichen Protokollierung und damit einhergehend der genutzten Funktionen "Löschen" und "Wiederherstellen" besteht nicht.

Erfassung sicherheitsrelevanter Vorfälle in den Dienststellen

Auch wenn diese Weisung dem HPR "nur" zur Kenntnis vorgelegt wurde, also kein Mitbestimmungstatbestand vorlag, möchten wir sie in unseren HPR-News aufgreifen. Denn der Sicherheit von uns allen, die wir in den Dienststellen beschäftigt sind, kommt eine besondere Bedeutung zu.

Sicherheitsrelevante Vorfälle in der BA, bei denen Beschäftigte bedroht oder verletzt werden, sind künftig lückenlos zu erfassen. Dafür wurde ein Erfassungsbogen entwickelt und mit den Geschäftsführungen Interner Service der Regionaldirektionen besprochen und abgestimmt. Das Format ist – auch vor dem Hintergrund der sukzessiven Wiederaufnahme des Dienstbetriebs in den Dienststellen – ab 01.09.2020 für die Erfassung sicherheitsrelevanter Vorfälle im Rechtskreis SGB III verbindlich zu nutzen. Sicherheitsrelevante Vorfälle sind zeitnah einzutragen.

Die Auswertung der Informationen und Ableitung evtl. Handlungsbedarfe obliegt den Verantwortlichen für den Arbeitsschutz der jeweiligen Dienststelle. Bei Identifizierung von Handlungsbedarfen, die nicht in dezentraler Verantwortung umgesetzt werden können, sind diese an die Regionaldirektion zu berichten. Die Regionaldirektionen ihrerseits berichten bei zentralem Handlungsbedarf an die Zentrale.

Mit Blick auf die hohe Bedeutung des Themas soll in der Trägerversammlung darauf hingewirkt werden, dass auch die sicherheitsrelevanten Vorfälle in den gemeinsamen Einrichtungen erfasst werden, wenngleich die Nutzung des Erhebungsformats bzw. die Bereitstellung der darin enthaltenen Informationen für die gemeinsamen Einrichtungen nicht verbindlich vorgegeben werden kann.

Die Null-Toleranz-Politik der BA gegen Gewalt muss spürbar gelebt werden, um nachhaltige Wirkung zu entfalten. Dazu zählen je nach Fallgestaltung auch Hausverbote und dass Straftatbestände konsequent zur Anzeige gebracht werden und ggf. Strafantrag gestellt wird.

Bisher bestand kein zentraler Überblick über entsprechende Vorfälle. Doch nur wenn lückenlos alle Vorfälle erfasst

werden, kann präventiv wirksam agiert werden. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass die BA damit nunmehr eine Forderung der vbba umsetzt. Es fehlt jedoch noch die entsprechende personellen Untersetzung in Bereich Arbeitsschutz der IS (in der Regel Interner Dienstbetrieb) und dem Technischen Beratungsdienst.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern erwarten wir eine Übernahme der BA-Erfassungsliste als Mindeststandard bzw. entsprechende Regelungen vor Ort.

Wir erwarten darüber hinaus, dass sicherheitsrelevante Vorfälle jeweils aus Sicht der Betroffenen erfasst werden – es somit kein "Abwimmeln" oder "Kleinreden" gibt. Dies gilt insbesondere bei psychischen Angriffen, auch diese verletzen.

Flächeneinführung der Online-Terminvergabe (OTV) für den zentralen Anwendungsfall Online-Arbeitssuchendmeldung (OASU) über die Online-Terminkonfiguration (OTK)

Der qualitative und quantitative Ausbau der Online-Angebote schreitet weiter voran. Die Kundinnen und Kunden erwarten von der BA u.a. Angebote, dass sie neben der persönlichen oder telefonischen Terminbuchung ihre Termine auch online vereinbaren können. Diese Online-Terminvergabe (OTV) wurde in den AA Essen, Bad Oldesloe und Heilbronn anhand der Online-Arbeitssuchendmeldung (OASU) erfolgreich erprobt. Technische Anpassungen und verbesserte Prozessabläufe ermöglichen nun die flächendeckende Einführung.

Notwendig für die Agenturen ist, dass sie verschiedene Konfigurationen mit Hilfe der sog. Online-Terminkonfiguration (OTK) vornehmen. Dies ist eine interne Web-Anwendung zur dienststellenspezifischen Konfiguration zur Bereitstellung von online-Terminen. Zunächst geht dies nur für die OASU. Die Agenturen entscheiden in dezentraler Verantwortung über die Nutzung der OTV für OASU. Die Aufgabe zur Bearbeitung der OASU bei der OTV wird in die Eingangszonen geroutet. Bei Nutzung der OTV stehen entsprechende Arbeitshilfen im BA Intranet.

In unserer HPR-Info vom Februar 2020 haben wir darauf bereits hingewiesen.

Teilkonzepttest – Online-Terminvergabe (OTV) Arbeitslosengeld über Online-Terminkonfiguration

Mit der bundesweiten Einführung der OTV für die Online-Arbeitssuchend-Meldung wird es eine 2. Stufe in einem Teilkonzept

für Arbeitslosengeld geben. Die Agenturen Magdeburg und Frankfurt starten im November für 6 Monate mit diesem neuen Angebot. Mit dem Teilkonzept wird ein "ChatBot Alg" zum Einsatz kommen. Dieser soll einfache und allgemeine Anliegen der Kundinnen und Kunden klären und einen eventuellen Beratungstermin entbehrlich machen. In der jetzigen Ausbaustufe gibt der "Bot" nur allgemeine Auskünfte.

Eine Personaleinsparung soll damit nicht verbunden sein. Wir werden dies wachsam beobachten.

Die Kundinnen und Kunden in den Pilotagenturen können zur Online Terminvergabe wechseln, falls Ihre Frage im ChatBot nicht beantwortet wurde. Hierfür werden Termine vorerst nur für vier Anliegen freigeschaltet und erprobt. Mit der

Pilotierung wird sich zeigen, ob der Prozess in das Gesamtsystem der BA passt, von den Kolleginnen und Kollegen akzeptiert wird und einer hohen Qualität für die Kundinnen und Kunden entspricht. Die Auswertung der Arbeitsergebnisse wird im Kernteam BA der Zukunft, mit allen Regionen, sowie vom HPR bewertet.

HPR Info Oktober

BA-Handlungsfelder in Pandemiezeiten - Operativer Fahrplan und Vorstandsbrief zu Prämissen der Aufgabenerledigung

Der Vorstandsbrief vom 28. September 2020 zu den Prämissen der Aufgabenerledigung der Agenturen in der Corona-Krise hat bei unseren Kolleginnen und Kollegen bundesweit zu lebhaften Diskussionen und besorgten Nachfragen gesorgt.

Prämissen setzen bedeutet auch, etwas wegzulassen. Wir können derzeit nicht alle Aufgaben wie gewohnt erledigen, auch wenn dies teilweise vor Ort anders erwartet und kommuniziert wird. Befürchtungen zu Gesundheitsschutz, Erreichen der Vorgaben ohne eine Überlastung des Personals sowie verfrühte Ausweitung des persönlichen Kontakts wurden uns gegenüber geäußert.

Wir haben im HPR diese Fragestellungen zusammengefasst und aktuell in den Gesprächen des HPR mit den beiden Mitgliedern des BA-Vorstands Christiane Schönefeld und Daniel Terzenbach aufgegriffen.

Die in dem Vorstandsbrief dargestellten Prämissen, die mit der Hochfahrlogik zur langsamen Öffnung der Agenturen und besonderen Dienststellen verbunden sind, werden wir nicht aufzählen, da der Brief zentral an alle Beschäftigten versandt wurde.

Die klärenden Aussagen von Herrn Terzenbach und Frau Schönefeld wollen wir jedoch nachfolgend wiedergeben - und ihre tatsächliche Umsetzung genau im Blick behalten:

- Der Gesundheitsschutz für unsere Kolleginnen und Kollegen sowie für die Kundinnen und Kunden steht weiterhin über allen weiteren Überlegungen! Das begrüßen wir ausdrücklich!
- Ein nicht gesteuerter, persönlicher Kundenkontakt ist nicht gewollt! Einen nicht terminierten, persönlichen Ansturm auf die

Agenturen soll es definitiv nicht geben! Auch wenn dies vor Ort von einzelnen Geschäftsleitungen von AA oder JC anders kommuniziert wird.

- Die Zahl der persönlichen Gespräche soll

 unter Nutzung der entsprechend ausgestatteten Büros ausgeweitet werden, um den Beratungsbedarfen der Menschen in dieser extremen Krisensituation gerecht zu werden. Die BA soll mit qualitativ guter und individueller arbeitsmarktorientierter Beratung identifiziert werden. Aus unserer Sicht kann dies auch weiterhin mit einer guten telefonischen Beratung sinnvoll verknüpft werden.
- Bei Fortdauern der Corona-Krise soll die BA in der öffentlichen Wahrnehmung nicht rein auf eine "Super-Leistungsbehörde" reduziert werden, sondern es sollen (auch) die guten Beratungserfahrungen in Erinnerung bleiben. Den Respekt vor der enormen Leistung vieler Kolleginnen und Kollegen, die durch die Leistungsgewährung von Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld sowie Kinderzuschlag die materiellen Sorgen vieler Menschen abfedern, soll das jedoch nicht schmälern.
- Regionale Unterschiede sollen bei der weiteren Vorgehensweise berücksichtigt werden. Sowohl was das Infektionsgeschehen als auch die wirtschaftliche Situation und Reaktionsmöglichkeiten darauf betrifft.
 Wichtig ist dabei die Einhaltung der zentralen Prämissen, insbesondere zum Gesundheitsschutz.
- "Homeoffice" hat sich bewährt und soll als moderne Arbeitsform dauerhaft stärker in der BA genutzt werden als vor der Pandemie. Pauschale Zweifel an der Arbeitsleistung der im "Homeoffice" Tätigen durch manche Führungskräfte sind unberechtigt und werden vom BA-Vorstand nicht mitgetragen. Die Nutzung von "Homeoffice" darf nicht dazu führen, dass Doppel-Belastungen durch die Arbeit zu Hause und die Verpflichtungen durch Schul- und Kindertagesstätten-Schließungen über längere Zeiträume hingenommen werden.

 Der Vorstand sieht einen Personalmehrbedarf, der über die aktuell genehmigten 1.000 Ermächtigungen hinausgeht. Er geht mit entsprechenden Forderungen in die Haushaltsverhandlungen.

Die vbba-Fraktion fordert, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in dieser Krisensituation nicht überfordert werden. Der Operative Service muss endlich personell wieder dauerhaft gestärkt und als leistungsfähiger Bereich im Blick gehalten werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Internen Service und des Regionalen Infrastruktur-Management müssen vor weiterer Überlastung geschützt und auch diese Bereiche personell gestärkt werden. Auch die deutliche Mehrbelastung im SGB III-Bereich durch ein deutlich höheres Telefonaufkommen (SC und regionale Hotlines) muss personelle Verstärkung zur Folge haben!

Prämissen müssen entlasten, sie dürfen nicht zu Arbeitsverdichtung führen! Auch bei Prämissen geht es ohne zusätzliches Personal nicht! Die zunehmenden Belastungen in den Jobcentern und der Familienkasse müssen ebenso berücksichtigt werden.

Weitere Informationen aus der Oktober-Sitzung

Dienstreisen bei steigenden Infektions-

In dieser Sitzung waren die aktuell massiv steigenden Corona-Infektionszahlen natürlich auch ein Leitthema der HPR-Diskussionen. Die offiziellen 7-Tages-Inzidenzzahlen der einzelnen Städte und Landkreise sollen den Umgang mit Dienstreisen bei höchst unterschiedlichen Werten nun bestimmen, das erscheint nachvollziehbar. Aber die aktuelle Weisung sorgt für zu viel Irritationen und Verunsicherung.

Deshalb besteht Einigkeit mit der BA-Geschäftsführung, hier nachzubessern. Aber das "Wie" konnte nicht im Laufe der Sitzung geklärt werden. Die vbba-Fraktion will erreichen, dass keine Dienstreise ohne Einverständnis der betroffenen Kolleginnen und Kollegen erfolgen kann. Vermeidbare Risiken, wie externe Veranstaltungen vor größeren Gruppen, erscheinen regional gesehen nicht angemessen.

Wie bisher gilt: Der Gesundheitsschutz unserer Kolleginnen und Kollegen muss Vorrang vor allen anderen Schritten haben!

Handbuch Compliance

Nach § 331 Strafgesetzbuch ist die Annahme von Zuwendungen für die Dienstausübung strafbewehrt. Zum Schutz aller Beschäftigten der BA vor strafrechtlicher Verfolgung besteht ein grundsätzliches Verbot der Annahme. Dem Schutzgedanken entsprechend wird ab 2021 die Wertgrenze für die Annahme geringfügiger Zuwendungen von 25 Euro auf 10 Euro abgesenkt.

Grundsätzlich sollen auch diese Zuwendungen abgelehnt bzw. zurückgegeben werden. Sofern im Einzelfall besondere Umstände vorliegen, aus denen es unmöglich erscheint, die Zuwendung abzulehnen, hat der/die Beschäftigte gegenüber der Zentrale (!) eine unverzügliche Anzeigepflicht. Nur diese Anzeige stellt eine erforderliche Anzeige dar und exkulpiert ("entlastet") den/die Anzeigende/n im Sinne des § 331 Abs. 3 Strafgesetzbuch.

Fazit: Freundlich, aber bestimmt, jede

Zuwendung ablehnen und nichts (!) annehmen!

KEA – Kurzarbeitergeldunterlagen Elektronisch Annehmen

In den letzten Monaten wurden ca. 900.000 Kurzarbeitergeldvorgänge durch die Mitarbeitenden im OS und die vielen tausend Unterstützer aus anderen Bereichen der BA überwiegend manuell in ZERBERUS bearbeitet.

Die Bundesagentur für Arbeit wird die weiterhin hohe Bearbeitung durch einen Schnittstellenbasisdienst KEA unterstützen. Arbeitgeber und Abrechnungsstellen erhalten die Möglichkeit, ihre Daten zum Kurzarbeitergeldantrag elektronisch an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln. Die Daten können direkt in ZERBERUS übernommen werden, es entfällt die manuelle Erfassung, Unterlagen werden direkt in der eAkte gespeichert.

Bis 31. März 2021 sind allerdings nur geringe Vorgänge zu erwarten, da bis dahin nur 7 Softwareanbieter diese Schnittstelle anbieten (u.a. ist DATEV noch nicht dabei). Wichtig ist, dass eine Einwilligung des Unternehmens zur elektronischen Übermittlung vorliegen oder eingeholt werden muss. Erst dann ist der Vorgang vollständig und bearbeitungsreif.

Selbsterkundungstool für Menschen im Erwerbsleben (SET-E)

SET- E erweitert das Beratungsangebot der BA. Es ist ein frei zugängliches kostenfreies Online-Orientierungstool für Menschen im Erwerbsleben bzw. nach dessen Unterbrechung. Es ist an Nutzerinnen und Nutzer mit Bedarf an beruflicher Orientierung aber noch ohne konkretes Berufs- oder Bildungsziel gerichtet. SET-E unterstützt somit Beschäftigte, Wiedereinsteigende, Arbeitslose und Arbeitssuchende.

Interessierte sollen bessere Hilfestellung u.a. bei ihrer beruflichen Orientierung oder Weiterbildung bekommen. So können hier Selbsteinschätzungen, Informationsangebote und geeignete Testverfahren helfen, die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. SET-E startet ab 17. Dezember 2020 in einer ersten Version und wird bis Oktober 2022 weiterentwickelt.

Es kann einerseits eigenständig und unabhängig von einer persönlichen Beratung genutzt werden, dient aber andererseits auch zur Vorbereitung und Unterstützung einer professionellen persönlichen Beratung im Gespräch vor Ort. Übrigens wird auf jeder Seite des SET-E den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit einer Terminvereinbarung angeboten.

Vermittlungsfachkräfte, einschließlich Reha und Inga, zugehörige Teamleitungen, BCA und entsprechende Multiplikatoren werden entsprechend eines Befähigungskonzeptes mit Selbstlernmedien, sowie Online- und Präsenztrainings geschult.

Homeoffice

Mobiles Arbeiten - Arbeitsform der Zukunft?

Viele Beschäftigte sehen in der Flexibilisierung des Arbeitsplatzes eine Lösung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Privat- und Arbeitsleben, die insbesondere zur Eindämmung des Infektionsrisikos eine zusätzliche Bedeutung erlangt hat.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und lässt das mobile Arbeiten mit allen seinen Facetten in den Fokus rücken. Diese Arbeitsform eröffnet viele Chancen, hat aber auch Risiken!

Auf Seiten der Chancen sehen wir u.a. folgende Vorteile:

- Zeitersparnis beim Arbeitsweg weniger Stress beim Pendeln
- flexiblere Arbeitszeiten, örtlich und zeitlich (Kinderbetreuung/Pflege)

- Work-Live-Balance
- Steigerung Motivation, Engagement, Produktivität
- Nutzung eigener Hardware
- Verbesserung der Gesundheitsquote
- Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber
- Aufrechterhaltung privater/familiärer Beziehungen
- weg von der Präsenzkultur hin zur Vertrauenskultur
- Nutzung für alle Bereiche der BA und Jobcenter

Die möglichen Risiken in Hinblick auf Gesundheit und Arbeitsorganisation sind vielfältig!

 Überforderung von Mitarbeitenden und Führungskräften



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

- Vereinsamung / Reduzierung sozialer Kontakte
- Pflicht zum Arbeiten im Homeoffice
- Pflicht zur Nutzung privater Hardware
- Entgrenzung der Arbeitszeiten
- arbeiten im Homeoffice trotz Krankheit
- Rollenkonflikt Familie und Beruf
- eingeschränkter fachlicher/informeller Austausch
- unzureichende Ergonomie/ Arbeitsplatzausstattung
- Datenschutz

Forderungen

Neben der unabdingbaren Voraussetzung der Freiwilligkeit müssen aus gewerkschaftlicher Sicht folgende Punkte gleichfalls erfüllt sein:

- Anpassungsqualifizierungen für Mitarbeitende und Führungskräfte zu einem vertrauensvollen und verantwortungsbewussten Umgang mit dem mobilen Arbeiten
- Schaffung einer Kultur des Vertrauens
- Vorgabe fester/klarer Rahmenbedingungen (Absprachen/Arbeitszeit, Vertreterregelungen/Urlaub usw.)
- Technische Ausstattung bis hin zu "Video für alle"
- regelmäßige Unterweisung zu Arbeits-
- schutz und Ergonomie im Homeoffice
- klare Informationen zu versicherungsrechtlichem Schutz

Arbeit im Home-Office sicher und gesund gestalten!



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Mehr Personal

vbba wendet sich an Bundesminister Hubertus Heil und VV Detlef Scheele

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben sich von Anfang an der "Covid 19-Krise" entschlossen entgegengestellt. Dabei haben sie sich auf allen Ebenen motiviert, engagiert und flexibel gezeigt. Die positiven Signale und Rückmeldungen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik belegen, dass unsere enormen Leistungen anerkannt und geschätzt werden. Der vbba-Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski dankte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, dass auch er diese Leistungen bei verschiedenen Gelegenheiten positiv gewürdigt hat. Die eingeleitete personelle

Stärkung der Leistungssachbearbeitung ist ein richtiger und notwendiger Schritt. Auch die Schwerpunktsetzungen des BA-Vorstandes waren und sind hilfreich, weil sie Orientierung geben. Allerdings sind angesichts der historischen Krise die anstehenden und weiter wachsenden Aufgaben mit dem vorhandenen Personal dauerhaft nicht leistbar. Diese würden die Beschäftigten auf Dauer überfordern. Deshalb fordern wir eine deutliche personelle Aufstockung über die Leistungssachbearbeitung hinaus! Kollege Waldemar Dombrowski bat Hubertus Heil, sich in dieser Hinsicht einzusetzen.

Es gelte die Leistungsfähigkeit der Arbeitsagenturen und Jobcenter in dieser besonders schweren Krise sicherzustellen und somit einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden zu leisten. In Expertenkreisen geht man davon aus, dass die Bewältigung dieser Krise deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird als bei der Finanzkrise 2008/2009.

Anmerkung: Bereits vorher hat sich die vbba mit dem entsprechenden Anliegen an den Vorstandsvorsitzenden Detlef Scheele gewandt.

BA- Vorstand bestätigt erhöhten Personalbedarf für 2021 BMAS zollt Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Respekt

Wir haben uns im September an den Vorstandsvorsitzenden Detlef Scheele gewandt und die eingeleitete personelle Verstärkung im Bereich der Operativen Services sowie die erfolgten Schwerpunktsetzungen bei der Aufgabenerledigung begrüßt. Zugleich haben wir eine deutliche personelle Aufstockung über den Leistungsbereich hinaus gefordert, weil die gewachsenen Aufgaben in der historischen Krise von den Kolleginnen und Kollegen nicht bewältigt werden können. In einem Gespräch mit der Zentrale wurden unsere

Argumente und der zusätzliche Personalbedarf ausdrücklich bestätigt. Dies werde der BA-Vorstand auch gegenüber dem Verwaltungsrat kommunizieren.

Leonie Gebers, Staatssekretärin im BMAS stimmt der vbba "voll und ganz zu, dass die BA Herausragendes zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie geleistet hat. Hier gebührt der BA und vor allem ihren Mitarbeiterinnen und ihren Mitarbeitern unser aller Dank und Respekt." Gegenüber dem vbba-Bundesvorsitzenden Waldemar Dom-

browski versicherte sie, dass es das gemeinsame Ziel sei, die Leistungsfähigkeit der BA zu sichern.

In der Tat gilt es, Arbeitsagenturen und Jobcenter zukunftsfest zu machen!

Wir begrüßen die positiven Reaktionen. Wir erwarten jedoch auch eine entsprechende Umsetzung beim Personalhaushalt 2021.

Ihre vbba – auch in diesen Zeiten "nah" dran!

Sonder-Öffnungsaktion

PKV startet Sonder-Öffnungsaktion für freiwillig gesetzlich versicherte Beamte

Beamtinnen und Beamten mit Vorerkrankungen oder einer Behinderung, die sich zu Beginn ihrer Laufbahn gesetzlich versichert haben, haben vom 1. Oktober 2020 bis 31. März 2021 einmalig doch noch die Möglichkeit, in die Private Krankenversicherung (PKV) wechseln – und zwar zu erleichterten Bedingungen. Das garantiert eine Sonder-Öffnungsaktion der Branche. Teilnehmende werden zu den Bedingungen der regulären Öffnungsaktion aufgenommen. Im genannten Zeitraum gelten für sie folgende Vorteile:



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

- Es gibt keine Ablehnung aus Risikogründen.
- Es gibt keine Leistungsausschlüsse.
- Erforderliche Risikozuschläge werden auf maximal 30 Prozent des Beitrags begrenzt.

Newsletter August



Tarifverhandlungen

Es gibt Neuigkeiten! Die Tarifverhandlungen stehen in den Startlöchern!

Eigentlich ist es uns allen aus dem privaten Bereich bekannt: Bei einem Vertrag, zum Beispiel für ein Handy, läuft die Mindestvertragsdauer aus. Bestenfalls lassen wir den Vertrag nun nicht einfach so weiterlaufen, sondern kündigen rechtzeitig und schließen einen neuen Vertrag zu verbesserten Konditionen ab.

Nach diesem Prinzip handeln auch wir als Gewerkschaft. Die vereinbarte Vertragsdauer des aktuellen Entgelt-Tarifvertrags endet diesen Herbst. Doch statt den "alten" Tarifvertrag einfach so weiterlaufen zu lassen, wurde er durch unsere Tarifkommission gekündigt. Nun können die Tarifverhandlungen für einen neuen Vertrag mit besseren Konditionen beginnen.

Es gibt bei jeder Verhandlung eine Vielzahl an Aspekten, die berücksichtigt werden müssen. Deshalb werden auch unsere Mitglieder und wir als vbba jugend einbezogen. Am 5. August hat Sarah Colomé als Vorsitzende der vbba jugend deshalb am Digitalen Branchentag des dbb teilgenommen. Virtuell trafen sich Mitglieder der vbba aus verschiedenen Bereichen mit Vertretern unseres Dachverbandes, um sich über die bevorstehenden Tarifverhandlungen auszutauschen.

Sarah hat Volker Geyer (Fachvorstand Tarifpolitik dbb Beamtenbund und Tarifunion) die Forderungen der vbba jugend benannt. So kann auch auf die Bedürfnisse der Nachwuchskräfte der Bundesagentur für Arbeit bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eingegangen werden.

Wir setzen uns wieder für eine höhere Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein - auch in Form einer Gehaltserhöhung. Denn was während der Corona-Pandemie von allen Beschäftigten auf allen Tätigkeitsebenen geleistet wurde, muss gesehen und honoriert werden.

Auch für die Nachwuchskräfte wollen wir eine Erhöhung der Vergütung. Zusätzlich kämpfen wir für die wohnortnahe Übernahme aller Nachwuchskräfte in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Es war der erste Branchentag, der allein mit und für die vbba stattfand. Dies zeigt deutlich, wie hoch der Stellenwert der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit im öffentlichen Dienst ist.

Änderungen Planung der Ausbildungsorganisation

In der aktuellen Corona-Pandemie ist es für die BA wichtig, die Beschäftigten möglichst vor einer Ansteckung zu schützen – so auch die Nachwuchskräfte.

Deshalb gibt es Änderungen der Ausbildungsorganisation ab September 2020 - HJAV und HPR haben einer entsprechenden Vorlage der BA zugestimmt. Diese sagt unter anderem folgendes aus:

- Einstellungsjahr 2020: Können Planspiele nicht wie üblich stattfinden, entscheiden die Internen Services in Absprache mit den jeweiligen Regionaldirektionen, ob das Planspiel verschoben wird (Durchführung bis spätestens Ende 1. Quartal 2021). Alternativ sind die Lerninhalte anderweitig zu vermitteln, zum Beispiel durch die Verlängerung der Einführungswochen oder des L 1 auf bis zu 2 Wochen.
- Einstellungsjahre 2018 & 2019: Die Unterstützung der Operativen Services oder der ServiceCenter endet bundesweit am 31. August. Im Anschluss münden die Auszubildenden wieder in die Ausbildung ein.

Probezeit für Studierende Einstellungsjahr 2017

Für die Studierenden des EJ 2017 liegen nun neue Vertragsmuster (Arbeitsverträge) vor. Die vorher festgeschriebene Probezeit von 6 Monaten wurde aus den Verträgen gestrichen und durch eine neue Formulierung ersetzt. Nach der Änderung endet die Probezeit nun nach Bestehen der Abschlussprüfungen. Bisher ausgestellte Verträge werden zugunsten der Nachwuchskräfte geändert.



Newsletter September



Aktuelles aus der HJAV

Am 21. August wurde beschlossen, dass die Studierenden auf Grund des geänderten Studienbetriebs für die Online-Lehre mit Headset und Kamera ausgestattet werden sollen. Die Teilnahme kann somit im Homeoffice am eigenen PC oder an einem MAP erfolgen. Alternativ kann ein Arbeitsplatz in der Agentur zur Verfügung gestellt werden.

Sollte die Berufsschule ebenfalls auf Online-Unterricht umsteigen, werden auch die Auszubildenden mit einem Headset sowie einer Kamera ausgestattet.

Die Beschaffung erfolgt zentral, eine Abfrage der Regionaldirektionen ist bereits erfolgt. Die Verteilung erfolgt dezentral.

Mit Euch. Für Euch. Gemeinsam.

Einkommensrunde

Auch die Jugend war beim Aktionstag der vbba am 8. September gut und an vielen Standorten in Deutschland vertreten.

Ohne Arbeitgeberangebot ist der Verhandlungsauftakt zur Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am 1. September in Potsdam zu Ende gegangen.

Wir fordern

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8% (mindestens um 150 €), bei einer Laufzeit von 12 Monaten,
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 €,
- Nahverkehrsticket für alle Azubis,
- verbindliche Zusage zur Übernahme, auch wenn dies bereits bei der BA praktizierter Standard ist.

Ihr wollt mehr Infos zu uns?

Kommt direkt auf uns zu oder informiert Euch unter:



www.facebook.com/vbba.jugend



www.instagram.com/vbbajugend

www.vbba.de/das-sind-wir/jugend

www.vbba.app



Geld anlegen



Anlageberatung ist Vertrauenssache

Die Möglichkeiten, Geld anzulegen, sind kaum zu überschauen und die Recherche entsprechend zeitaufwendig. Wer sich persönlich in seiner Bank beraten lassen will, sollte sich gut vorbereiten.

Der Wunsch, sein Geld langfristig anzulegen und für die Zukunft zu sichern, ist auch in Niedrigzinszeiten ungebrochen. Wer in einer Internet-suchmaschine die Begriffe "Geld anlegen", "sicher" und "profitabel" eingibt und den vorgeschlagenen Links folgt, kann allerdings die unzähligen Angebote und Versprechungen kaum auf Seriosität prüfen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die persönliche Beratung wieder stärker nachgefragt wird. Erste Anlaufstelle ist oft die nächstgelegene Filiale der Hausbank

Gut vorbereitet sein

Unangemeldet im Geldinstitut aufzutauchen, ist keine gute Idee. Eine fundierte Beratung sollte nicht unter Zeitdruck erfolgen, daher ist eine vorherige Terminabsprache empfehlenswert. Die Anlageberater können dann in Ruhe die persönlichen Kunden-Voraussetzungen erfragen und passende Geldanlagen je nach Anlageziel, Laufzeit und Risikobereitschaft vorschlagen.

Nachfragen, bis man alles versteht

Auch der potentielle Anleger kann dazu beitragen, dass die Beratung für ihn optimal verläuft. Vorab sollte man sich einen detaillierten Überblick über die eigene Finanzsituation verschaffen und bereits über Sparziele und Risikobereitschaft nachdenken. Falls Berater nicht sofort zu Beginn danach fragen, sollte es selbst angesprochen werden, ansonsten läuft die Beratung eventuell in eine falsche Richtung.

Wie ein Tagesgeld- oder Festgeldkonto funktioniert, ist nicht so kompliziert. Da sich deren Zinsen aber der Null annähern, spielen diese vormals beliebten Anlageformen nur noch eine untergeordnete Rolle. Das Beratungsgespräch wird sich wohl eher um Investmentfonds oder Aktien drehen. Niemandem sollte es peinlich sein, gleich nachzufragen, wenn ein Anlageinstrument/-konzept und die möglichen Risiken nicht genau verstanden werden. Bankberater sind verpflichtet, nach dem Gespräch ein Beratungsprotokoll auszuhändigen. Wer sich im Ergebnis der Beratung für eine Anlage entscheidet, prüfe genau, dass das Protokoll mit den getroffenen Aussagen übereinstimmt.

14 Banken im Beratungscheck

Um zu ermitteln, wie kompetent deutsche Banken ihre Kundinnen und Kunden beraten, hat das Deutsche Kundeninstitut (DKI) im Auftrag von "Euro am Sonntag" den Test "Vermögensaufbau 2020" durchgeführt. Testsieger wurde die BBBank, seit vielen Jahren Exklusivpartner fürs Banking beim dbb vorsorgewerk.

Sowohl Produktempfehlungen als auch Beratungsqualität wurden mit "sehr gut" bewertet. In sämtlichen Beratungsgesprächen bei der BBBank wurden mit den Testkunden die Risikobereitschaft, Erfahrung mit Vermögensanlagen sowie bevorzugte Produkte zum Vermögensaufbau besprochen. Die BBBank-Berater erfragten die Lebensumstände und persönlichen Ziele und sprachen darauf aufbauend konkrete Produktempfehlungen aus. Häufig waren dies börsengehandelte Fonds (sogenannte ETFs) und Aktienfonds.

In ganz Deutschland vor Ort

Die BBBank gehört mit rund 500.000 Mitgliedern zu den größten Genossenschaftsbanken in Deutschland und betreibt insgesamt rund 150 Filialen in allen Bundesländern. Sie gewann 2019 zum siebten Mal in Folge die Auszeichnung "Bank des Jahres" bei den überregionalen Filialbanken

О Ц Д

Im Rahmen der exklusiven Kooperation des dbb vorsorgewerk mit der BB-Bank stehen vbba-Mitgliedern und ihren Angehörigen besondere Mitgliedsvorteile zur Verfügung. Beispielsweise das Mehr-wert-Girokonto mit 50 Euro Startguthaben und der Riester-Fondssparplan mit 30% Rabatt auf den Ausgabeaufschlag. Beim Vermögensmanagement stehen drei Fonds (z.B. BBBank Wachstum) zur Auswahl, wobei es auf den Ausgabeaufschlag 50% Rabatt gibt. Mehr auf www.dbb-vorteilswelt.de/kredite-finanzen

TIPP: Autoversicherung mit Extra-Bonus

Bis 30. November können Autofahrer/-innen den Wechsel der Kfz-Versicherung in die Wege leiten. Beim Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, der HUK-COBURG, profitieren vbba-Mitglieder von niedrigen Beiträgen und einem Neukundenbonus in Höhe von 30 Euro.



Bundeshauptjugendversammlung



...geht digital

Auf Grund der aktuellen Pandemiesituation hat sich die vbba jugend für ihre Bundeshauptjugendversammlung für die sicherste Variante entschieden und diese digital organisiert.

Online-Sitzungen und Besprechungen hat mittlerweile jeder Teilnehmende erleben dürfen. Aber es war die Premiere für die Bundeshauptjugendversammlung der vbba jugend, sodass sie doch mit einiger Spannung erwartet wurde.

Am 8. Oktober war es dann endlich soweit. Dank einer technischen Probe am Vortag konnte ohne Schwierigkeiten gestartet werden.

Einen Schwerpunkt bildete der Austausch und das Update der einzelnen Landesjugendvertreter. Es war schön zu hören, wie alle - trotz der schwierigen Umstände - den Kontakt zu ihrer Jugend nicht verloren haben. Beispielsweise wurden viele kreative Lösungen gefunden um die Begrüßung der Nachwuchskräfte trotz

der widrigen Pandemieumstände sicher zu stellen.

Auf der Tagesordnung stand anschließend der Rückblick sowie die Aussicht auf die Wahlen. Und was den Rückblick angeht, konnte die Jugend sich erstmal applaudieren. Es gab viele tolle Ergebnisse und einen Zugewinn in der HJAV.

Das motiviert natürlich zu einem Ausbau. Deswegen beginnt die vbba jugend schon jetzt die Wahlvorbereitung für 2022.

Neben vielen weiteren Punkten, kamen wir auch in den Genuss einer Zuschaltung von Alexander Koncak des DBB Vorsorgewerk. Er stellte vor, welche neuen Angebote das Vorsorgewerk aktuell hat. Gleichzeitig ging er auf das Thema Home-Office ein. Er berichtete über die individuelle Lösung für seinen Arbeitsplatz. Es resultierte ein Gespräch mit allen, bei dem sich zeigte, dass die vbba jugend dankbar für alle Möglichkeiten des Home-Offices ist, das Ganze aber dennoch mit Schwierigkeiten und Hürden verbunden ist.

Wir sind bemüht uns hier für weitere Verbesserungen für jeden Einzelnen einzu-

Denn für uns gilt: Gesundheit und Sicherheit gehen vor. Dabei betrachten wir den Pandemieschutz, aber eben auch die individuellen Situationen.

Das Resümee unserer ersten digitalen Sitzung war positiv. Natürlich freuen wir uns alle, wenn die Zeit endlich soweit ist und wir uns wieder persönlich treffen können. Aber bis dahin können wir festhalten, eine wirklich gute und genauso zielorientierte Lösung gefunden zu haben.

An dieser Stelle möchten wir es uns nicht nehmen lassen Eva Schmauser zu danken, die uns die Technik bereitgestellt und umfassend unterstützt hat.

Text: Vivien Richter

Rückblick und Ausblick

Ein leicht verschwommener Corona-Blick zurück auf das fast abgeschlossene Jahr 2020 und ein vorsichtiger, aber klarer Blick nach vorn!

Bonn, Februar 2020: Der Karneval hat das Rheinland voll im Griff. Auf dem Rosenmontagszug drängen sich die Kinder und Erwachsenen. Von überall her hört man laute Rufe: "Aaaalaaaf!", "Kaaamellle"!

Im Radio laufen am Abend die Nachrichten: "In China ist ein gefährliches Virus ausgebrochen. Hochansteckend." Im Freundeskreis reden wir darüber. "Gott sei Dank ist das Virus weit weg", meint eine Freundin.

Dieser Rosenmontag bleibt mir in Erinnerung, als sei er gestern gewesen. Wer hätte zu dem Zeitpunkt gedacht, dass Corona uns alle irgendwann mal so im Griff hat und unseren Alltag bestimmt.

In den letzten Monaten und Wochen überschlugen sich die Ereignisse, gefolgt von Aufgaben, die auf alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Agenturen und den Jobcentern zu kamen. Ganze Teams wurden aufgelöst und neu formiert. Gerade noch Arbeitsvermittler*in oder Berufsberater*in und auf einmal waren wir Fachkräfte fürs Kurzarbeitergeld, im Telefonservice oder bei der Antragsbearbeitung für Alg und Alg II.





Familien mussten sich neu erfinden. Aus den Eltern wurden Lehrkräfte, die "nebenbei" arbeiten und den Alltag jonglieren mussten. Aus dem Gruppengefüge eines Teams wurden einzelne Macher*innen im Homeoffice.

Verrückte Welt.

Doch wir sind uns, glaube ich, alle einig. So starr der Apparat der Arbeitsagentur/ des Jobcenters manches Mal gehalten wird und so langsam unsere Mühlen auch mahlen können. Das, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, war genau das Gegenteil davon. Die Möglichkeit, flächendeckend mobil von zu Hause arbeiten zu können, die Ausweitung von Hardware und Software wie beispielsweise Citrix oder Skype. Auch, dass wir alle unser Bestes geben, damit wir den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, unseren Kundinnen und Kunden Unterstützung auch in diesen langanhaltenden und schwierigen Zeiten zusichern können.

ABER: Wir stehen immer noch vor so vielen Fragezeichen. Wie soll es weiter gehen? Unsere Arbeitgeberin hat sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Fahne geschrieben. Wie also umgehen mit der anhaltenden Dauerbelastung? Aufgabenmehrungen im Team durch Abzug von Personal in andere Teams, Entgrenzung von Arbeit und Freizeit, Mobiles Arbeiten und Führung auf Distanz und viele Themen mehr die uns aktuell und wahrscheinlich für die Zukunft beschäftigen.

Heike Buchter, Autorin der Zeitung "die Zeit", hat in ihrer Kolumne im Oktober nicht ohne Grund geschrieben: "Mehr als 60 Jahre hat es gedauert, bis Frauen die Hälfte der Arbeitskräfte stellten. Die Corona-Pandemie macht diesen Fortschritt auf absehbare Zeit zunichte."

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch bei uns läuten die Alarmglocken. Meist sind es die Frauen, die zum Wohle der Familie zu Hause bleiben. Und die Konsequenzen? Lange Pausen in der Erwerbstätigkeit. Teilzeitarbeit. Niedrigere Vergütung als der Partner. Erkennen Sie Ihre Situation wieder? Denn all das führte nicht nur in der Vergangenheit zu einem schwierigeren Wiedereinstieg in den Beruf und häufig zu einem Karriereknick, sondern auch auf lange Sicht zu Altersarmut, die bei Frauen deutlich häufiger ist als bei Männern.

Wir, von Ihrer vbba-Bundesfrauenvertretung, werden im kommenden Jahr 2021 das Thema "Frauen in und nach Zeiten von Covid-19" für Sie intensiv aufarbeiten. Vielleicht haben wir ja das Glück, dass wir 2021 flächendeckend geimpft und mit vielen Erfahrungen und Erkenntnissen für Verbesserungen auf das Jahr 2020 zurückschauen können, um unsere Zukunft besser gestalten zu können!

Wir bedanken uns schon jetzt für die vielen positiven Rückmeldungen zu unseren Artikeln Passen Sie gut auf sich auf und werden oder bleiben Sie gesund!

Ihre Bundesfrauenvertretung



Bettina Ey – Vorstandsmitglied; Foto: Bernhard Schmitz

Organisationsänderungen

Organisationsänderungen scheinen mir so alt zu sein wie die BA (und älter als die Jobcenter). Leider mit einer scheinbar inflationären Tendenz in den letzten Jahren. Durch die Erweiterung der Arbeitsformen (Homeoffice, Videoberatung etc.) einerseits, den regional immer größer werdenden fachlichen Einheiten (Interner Service – IS -, Operativer Service – OS -, Regionales Infrastrukturmanagement – RIM -, neuen Standorten in den Jobcentern – JC – insbesondere in Kreisen und großen Städten) andererseits, sind insbesondere Frauen betroffen.

Zum einen, weil auf vielen Tätigkeitsebenen bis zu 70 Prozent Frauen beschäftigt sind, zum anderen, weil der weit überwiegende Teil der Teilzeitbeschäftigten auch in BA und Jobcentern Frauen sind. Unabhängig davon, ob es fachlich sinnvoll war, immer größere Organisationseinheiten zu schaffen, gab und gibt es ganz konkrete Probleme, die sich daraus für unsere Kolleginnen ergeben. Dazu kommen noch die technisch und fachlich geänderten Anforderungen:

Organisationseinheiten über große Flächen wie z.B. IS oder RIM mit teilweise nur zwei Standorten in einem Regionaldirektionsbezirk oder Servicecenter für SGB III und SGB II an unterschiedlichen Standorten, bedeuten längere Fahrzeiten zum Dienstort.

Kolleginnen und Kollegen waren teilweise gezwungen, die Arbeitszeit (weiter) zu reduzieren, um den Familienpflichten (z.B. Abholen der Kinder von der Betreuung/



Termine der ambulanten Pflegedienste) nachkommen zu können.

- Längere Wege zum Dienstort bedeuten auch höhere Kosten. Zusätzliche Ausgaben, die gerade Alleinerziehende und / oder die Kolleginnen in den niedrigeren Tätigkeitebenen (weit überwiegend Frauen), nicht so einfach leisten können.
- Gute, routinierte Fachkräfte mussten ihre
 teils geliebte Fachlichkeit verlassen, um
 Familienpflichten weiter nachkommen zu können
- Die Ausweitung von Servicezeiten (z.B. im RIM) bedeutet den Zwang zur Arbeit zu

Zeiten, die alles andere als familienfreundlich sind.

- Teilzeitkräfte können nicht "mal eben" Projekte übernehmen und sich den Führungskräften zeigen.
- Telearbeit wird verwehrt oder die Antragstellerinnen und Antragsteller werden in Erklärungsnöte zur privaten Situation gebracht, die keine Führungskraft etwas angehen. Homeoffice wurde als "vor der Arbeit drücken" angeprangert.
- Dass Lebensbegleitende Berufsberatung durch mehr Tätigkeit an Schulen und in den Abendstunden die gewohnten Arbeitsformen der Beratungskräfte verändert, ist an sich kein Problem. Aber es ist auch eine Veränderung, die wiederum die Kolleginnen und Kollegen in Familienpflichten vor besondere organisatorische Herausforderungen stellt.

Leider ist diese Aufzählung alles, nur nicht vollständig!

Die Corona-Krise mit ihren extremen Einschränkungen hat plötzlich Änderungen von Arbeitsweisen, z.B. die verstärkte Nutzung des Homeoffice, Nutzung neuer Medien (Videoberatung, Skype-Konferen-

zen), die zuvor kritisch beäugt wurden, in ein positives Licht gestellt. Das ist im Prinzip eine gute Entwicklung, gar keine Frage! Aber diese Veränderungen müssen planbar, flächendeckend und von Dauer sein

Die vbba Frauenvertretung fordert, dass die oben dargestellten Probleme bei weiteren Organisationsänderungen ("BA der Zukunft") verstärkt und ernsthaft in den Blick genommen, bessere Lösungen gefunden werden.

Die Nutzung moderner Arbeitsmittel und Arbeitsformen muss dauerhaft ermöglicht werden, wenn der Corona-Krisenmodus überstanden ist sowie bei jeder weiteren Organisationsänderung.

Nur so können die BA und die Jobcenter das sein oder werden, was sie in der Außenwirkung gerne sein wollen: Attraktive, moderne und familienfreundliche Arbeitgeber/Dienstherren. Moderne Verwaltungen, die dadurch eine größere Attraktivität für engagierte Frauen und Männer auch mit Familienpflichten bieten.

Die vbba Frauenvertretung wird die weiteren Modernisierungs- und Änderungsansätze gerade im Hinblick auf diese Frage-

stellungen kritisch-konstruktiv begleiten. Wir bringen uns gerne im Interesse der Frauen in BA und Jobcentern aktiv ein!

Text: Annette von Brauchitsch-Lavaulx



Foto: Sabine Hühner

Liebe Leserinnen und Leser.

und wieder ist ein Jahr fast vorbei – vor uns liegen die Weihnachtstage und der Jahreswechsel. Wie immer versuchen wir diese Festtage im Kreis unserer Lieben gut und gesund zu verbringen. Leider ist das in diesem Jahr nicht ganz so einfach. Doch wir sollten trotz aller Widrigkeiten den Blick für das Wesentliche nicht verlieren.

Die schönsten Geschenke kann man nicht in Geschenkpapier einpacken: Liebe, Familie, Freunde, Lachen, Gesundheit und Glücklichsein.

Ich wünsche Ihnen auch im Namen aller meiner Mitstreiterinnen in der vbba-Frauenvertretung

Zeit für Stille und den Blick für das, was wirklich zählt (c. Montaigne)

Ihre Gudrun Kaçan

Vorsitzende der vbba-Frauenvertretung





Fachtagung

vbba- Seniorenvertreter aktualisieren ihr Wissen



Die Teilnehmenden der Fachtagung; Foto: Edgar Weingärtner

Vom 2. bis 3. Oktober trafen sich in den Räumen der vbba-Bundesgeschäftsstelle in der schönen Spielzeug- und Lebkuchenstadt Nürnberg bayerische Seniorenvertreterinnen und -vertreter, um ihr Wissen zu aktualisieren. Die Ruheständler erreichen innerhalb der vbba in Bälde einen Anteil von 30 Prozent. Umso wichtiger ist es, diesen Personenkreis, der vom aktuellen BA-Geschehen primär nicht mehr betroffen ist, Informationen über die aktuelle Ausrichtung der BA, die Herausforderungen und Entwicklung – speziell in der Coronazeit - zu geben. Den lokalen Seniorenvertre-

terinnen und -vertretern kommt dabei eine zentrale Aufgabe zu.

Zum Auftakt konnte der bayrische Seniorenbeauftragte, Herr Edgar Weingärtner, coronabedingt in kleiner Runde sieben Kolleginnen und Kollegen zur zweitägigen Tagung begrüßen. Das Mitglied der Bundesleitung und aktueller Leiter der Bundesgeschäftsstelle, Herr Jockl Morawietz, gab einen interessanten und tiefgründigen Abriss der aktuellen Situation der vbba sowie der BA. Er spannte einen informativen Reigen von der aktuellen Einkommensrun-



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

de 2020 über Änderungen in der BA sowie Information aus der Fläche zu den coronabedingten Veränderungen. Insbesondere wurde dabei die Thematik Homeoffice beleuchtet, die in ihren Facetten (z. B. Datenschutz / Arbeitssicherheit / Unfallversicherung) noch nicht abgeschlossen ist.

Mit Informationen aus den Seniorenfachtagungen auf Bundesebene vom Dezember 2019 und September 2020 konnte Edgar Weingärtner inhaltliche Details der Seniorenarbeit vorstellen. Dabei legte er einen Schwerpunkt auf die Arbeit der örtlichen Seniorenvertreterinnen und -vertreter, da diese das Bindeglied zwischen den aktiven Kolleginnen und Kollegen und den Ruheständlern sind. Infos wie 'Senioren aktuell' oder 'Aktiv im Ruhestand' helfen den Mitgliedern nach ihrer aktiven Zeit, sich weiterhin mit der vbba zu identifizieren. Leider muss sich Edgar Weingärtner nach langem Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen sowohl aus der Bundesvertretung als auch als bayrischer Seniorenvertreter zurückziehen. Seine Nachfolge wird auf dem LGT im November entschieden.

Ein Bummel über den Nürnberger Herbstmarkt am Ende des ersten Tages sowie anschließend ein gemeinsames Abendessen in einer Nürnberger Traditionswirtschaft gaben die Möglichkeit zum weiterem individuellen Austausch.

Text: Wolfgang Franz

Tagung der Bundesseniorenvertretung



Abschiede und neuer Vorstand

Günther Grapp begrüßte die Teilnehmer der Tagung, welche vom 16. Bis 18. September im Maxx-Hotel in Jena stattfand, und dankte dem Kollegen Hans Wunderling für die Organisation, Vorbereitung, Koordination, insbesondere für die Auswahl des Tagungshotels.

Zu Beginn erhoben sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zum stillen Gedenken an unseren viel zu früh verstorbenen Kollegen Wolfgang Struck. Die Seniorenvertretung wird ihn sehr vermissen, denn nur einige Tage vor seinem Tod war er noch in unserer Mitte, als geselliger und kompetenter Gesprächspartner, wie wir es seit Jahren von ihm gewohnt waren.

Die Tagung konnte nur durchgeführt werden, weil sich alle Teilnehmenden verpflichtet hatten, die strengen Hygiene und Abstandsregeln einzuhalten. Wegen der besonderen Situation durch die Corona-Pandemie waren diesmal keine gemeinsamen kulturellen Aktivitäten außerhalb des Hotels geplant.

Erstmals in der Runde begrüßte der Vorsitzende seine Nachfolgerin für die Landesgruppe NRW, Helga Duhme-Lübke sowie den Kollegen Achim Hilke, der derzeit kommissarisch mit der Funktion des Seniorenbeauftragten der Landesgruppe NSB beauftragt ist.

Unser ehemaliges Mitglied der Seniorenvertretung RPS, Klaus Söndgerath, hat es sich nicht nehmen lassen, zeitweise als Gast an der Sitzung teilzunehmen.

Nach der Begrüßung erfolgte der Geschäftsbericht des Vorsitzenden.

Ein wesentlicher Bestandteil war die Kritik am Wegfall des Zugriffes auf einen Teilbereich des Intranets der BA. Ursache für die Sperrung des Zugriffs waren datenschutzrechtliche Bedenken / Gefahren. Die Schließung ist auf viel Unverständnis gestoßen, zumal die Öffnung seinerzeit als großen Erfolg der Seniorenvertretung "gefeiert" wurde.

Für die BuHaVo im Oktober wurden zwei Anträge eingebracht.

Auf Bundesebene nimmt das Thema Digitalisierung einen großen Raum ein, weil damit gewaltige Veränderungen im täglichen Leben mit Vorteilen (z.B. bessere Teilhabe), aber auch Nachteilen (z.B. Gefahr der Vereinsamung) der Senioren einhergehen. Die BAGSO fordert im Zusammenhang mit dem Altersbericht der Bundesregierung, dass die Digitalisierung nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen darf. Die digitale Teilhabe muss Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden.

Insgesamt gab es leider nur wenige erkennbare Aktivitäten der dbb-Bundesseniorenvertretung.

Sonstige Themen der Seniorenvertretung:

- Die Erhöhung der Behinderten- und Pflegepauschbeträge zum 1.1.21 bedeuten für Betroffene eine deutliche finanzielle Verbesserung.
- 2. Private Krankenversicherungen haben sich wieder für Beamte, die zuletzt bei einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren, geöffnet. Ein genauer Vergleich lohnt sich, da ein Wechsel auch mit höheren Beiträgen verbunden sein kann.
- 3. Im Zusammenhang mit der aktuellen Einkommensrunde wird auch die Angleichung der AZ der Beamten an die der Arbeitnehmer gefordert. Eine Angleichung könnte negative Auswirkungen auf die möglichen Besoldungserhöhungen – und damit auch auf die Höhe der Versorgungsbezügen haben.

Verabschiedung und Neuwahlen

Alle Mitglieder der Seniorenvertretung bedauern außerordentlich das von Günther Grapp schon länger angekündigte und das von Edgar Weingärtner erst kurz vor der Tagung bekannt gegeben Ausscheiden.

Nach vielen Reden, Abschiedszeremonien und -worten, sowie all den guten Wünschen, musste aber irgendwann wieder der Weg zur Tagesordnung beschritten werden. Denn für die verbleibende Legislaturperiode (noch 2 Jahre) musste noch die Wahl eines /einer Vorsitzenden und eines Stellvertreters/ einer Stellvertreterin erfolgen.

Günther Grapp übernahm – da er ab sofort kein Amt mehr in der Seniorenvertretung innehat – die Aufgabe des Wahlleiters.

Nach Befragen der Teilnehmer und einstimmiger Zustimmung wird auf eine geheime Wahl verzichtet

Wahl zum/zur Vorsitzenden/Vorsitzende

Doris Braun wird vorgeschlagen und sie erklärt sich bereit, zu kandidieren. Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet. Ergebnis: Einstimmig bei eigener Enthaltung.

Doris Braun nimmt die Wahl an und bedankt sich für das in sie gesetzte Vertrauen, bei einer kurzweiligen und dynamisch vorgetragenen Antrittsrede, in der sie uns wissen ließ, dass die Gewerkschaftsarbeit ihr Leben geprägt habe und sie sich eine Leben ohne dieses Engagement nicht mehr vorstellen könne. Das kann man, wenn man ihren Lebenslauf unter anderem in der Geschäftsführung der vbba, des HPR's und der Frauenvertretung kennen gelernt hat, ihr auch ohne Bedenken abnehmen.

Sie dankt den scheidenden Vorstandsmitgliedern für die jahrelange, engagierte Arbeit in der vbba und insbesondere in der Seniorenvertretung. Beide Kollegen haben in hervorragender Art und Weise die Seniorenvertretung geprägt – der Erfolg der Seniorenvertretung wird immer in besonderer Weise auch ihr ganz persönlicher Erfolg bleiben

Wahl zum/zur stellvertretenden Vorsitzenden/Stellvertretende Vorsitzende

Helga Duhme-Lübke wird vorgeschlagen und sie erklärt sich bereit, zu kandidieren. Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet. Ergebnis: einstimmig bei eigener Enthaltung.

Helga Duhme-Lübke nimmt die Wahl an und bedankt sich für das in sie gesetzte Vertrauen

Helga Duhme-Lübke ist eine lange Weggefährtin von Doris Braun, also eine gute

Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit.

Horst Wisniewski gehört weiterhin als gleichberechtigter Stellvertreter dem Vorstand an.

Das Hauptthema der diesjährigen Tagung war aber nicht nur die Neuwahl des Vorsitzenden / der Vorsitzenden der vbba-Seniorenvertretung, vielmehr war es die Verabschiedung des langjährigen Vorsitzenden Günther Grapp und seinem stellvertretenden Vorsitzenden Edgar Weingärtner.

Die gebührende Verabschiedung und Würdigung der Kollegen Grapp und Weingärtner erfolgte im Rahmen einer gemeinsamen Feierstunde nach Abschluss des offiziellen Teils der Tagung.

Günther Grapp (Gründungsvater und Vorsitzender der vbba-Seniorenvertretung), seit 1971 bei der BA, mit Stationen Berufsberatung, Geschäftsstellenleitung, Mitalied des BPR NRW, und bis zu seinem Rücktritt am 17.September 2020, Vorsitzender der Seniorenvertretung in der vbba. Wer Günther Grapp kennt weiß, dass er sich nicht in den Schaukelstuhl begibt. Er wird sich künftig mehr um seine Familie, seinen Hund und sein Hobby der Sammelleidenschaft widmen. Mit ihm geht nicht nur ein Urgestein, sondern auch der Gründungsvater der Seniorenvertretung der vbba. Sein ganzer Stolz ist, dass er den Bestand der Senioren-Mitglieder immer gehalten bzw. stabilisiert hat. Seine Aktivitäten werden uns fehlen, denn er hat sich sehr erfolgreich für die Planung und Organisation von Seniorenseminaren, für die Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. Senioren Aktuell stark gemacht. Mit einem letzten Resümee auf seine verschiedenen Stationen der Seniorenvertretung, seinen "Kämpfen" um Anerkennung und Durchsetzung von Rechten und Unterstützung der Senioren, seinen Dienstreisen quer durch Deutschland mit den vielen Tagungen und sonstigen Veranstaltungen verabschiedet er sich, aber "einmal muss es auch genug sein", sah Günther Grapp den Zeitpunkt jetzt gekommen als "Aktiver" aufzuhören. So ganz leicht ist es ihm dann dennoch nicht gefallen, was man ihm in seiner abendlichen Abschiedsrede vor den Mitgliedern der Seniorenvertretung und den anwesenden Gästen anmerkte. Der gemeinsame Abend gipfelte mit dem Auftritt eines Zauber-Senioren, der die Teilnehmer, so auch Günther Grapp, zum Mitmachen animierte. Danach war der Augenblick gekommen, an dem die Wegbegleiter der Seniorenvertretung sich offiziell von ihm verabschiedeten, jeder mit einem für sein Bundesland spezifischem Präsent. Einen Mini-Seesack vom Norden, Weine und Gerstensaft aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrheinwestfalen, fränkische Spezialitäten, einen Bembel und "Stöffsche" aus Hessen und vieles andere mehr. Die Präsente waren die Wertschätzung für ein stets an die Substanz gehendes Engagement von Günther Grapp. Für die Lagerung der Präsente musste eigens eine neue Tischreihe aufgestellt werden, was er mit einem wehmütigen Lächeln registrierte, sich dabei aber Gedanken machte, ob das alles in sein Fahrzeug passen würde.

Da sein langjähriger stellvertretender Vorsitzender der vbba-Seniorenvertretung Edgar ("Edi") Weingärtner zeitgleich, aus rein persönlichen Gründen, seinen sofortigen Rücktritt mit einer launigen und kurzweiligen Rede, so wie wir "unseren Edi" in den vielen Jahren erleben durften, erklärte, wurde auch er an diesem Abend von den Anwesenden in seinen Bundesseniorenvertretungs-Ruhestand entlassen. Seiner Landesgruppe Bayern bleibt er aber als Seniorenvertreter vorerst erhalten. Er wurde mit einem Reise- und Hotelgutschein für sein hohes Engagement belohnt, den Reiseverlauf hatte er uns schon präsentiert. Der wird hier aber nicht verraten.

Alle Mitglieder der Seniorenvertretung bedauerten außerordentlich das Ausscheiden ihrer langjährigen und überaus geschätzten Kollegen, respektieren jedoch ihre Beweggründe.

Nach den vielen Reden, Abschiedszeremonien und -worten, sowie all den guten Wünschen musste aber am darauffolgenden Tag wieder der Weg zur Tagesordnung beschritten werden.

Auf besonderen Wunsch der neuen Vorsitzenden moderierte Günther Grapp die weitere Sitzung am darauffolgenden Tag.

Zukünftige Erstellung der Senioren Aktuell

Bisher hat Günther Grapp das "Senioren Aktuell" erstellt. Dieser erklärte sich bereit, die Erstellung bis zum Jahresende zu übernehmen

Bis zur nächsten Sitzung (voraussichtlich April 2021) wird der Vorstand diese Aufgabe übernehmen und zur Sitzung einen Vorschlag für das weitere Vorgehen unterbreiten. Dabei wird auch zu entscheiden sein, inwieweit die einzelnen Landesgruppen mit einbezogen werden können und wie "Senioren Aktuell" auch inhaltlich modifiziert werden kann.

Die Geschäftsstelle hat Mitglieder im Status "Aktiv", die älter als 65 Jahr + 9 Monate sind, auf "Ruhestand" umgestellt, weil davon auszugehen ist, dass diese Kollegen und Kolleginnen tatsächlich nicht mehr im aktiven Dienst sind, es jedoch versäumt haben, die Geschäftsstelle entsprechend zu informieren. Die "umgestellten" Mitglieder werden von den betroffenen Seniorenbeauftragten kontaktiert. Einige Landesseniorenbeauftragte berichten aber übereinstimmend, dass in mehreren Fällen die Veränderung schon vor geraumer Zeit

angezeigt wurde, eine Verarbeitung in der Mitgliederdatei aber nicht erfolgt ist. Der neue Vorstand wird dies mit der Geschäftsstelle besprechen.

Es besteht Einigkeit darüber, dass im Falle eines "umgestellten" Mitglieds aus dem Kreis der Arbeitnehmer auch nur noch der reduzierte Beitrag eingezogen wird.

Zum Vorgehen bei Postrückläufen bleibt es beim bisherigen Verfahren: sollte die neue Anschrift eines Mitglieds auch nicht unter Beteiligung der regionalen Gruppe ermittelt werden können, werden Beiträge weiterhin eingezogen - eine aktive Betreuung ist aber nicht mehr möglich. Die Mitgliedschaft in der vbba bleibt unberührt.

In einigen Landesgruppen veranlassen die Seniorenbeauftragten die Anfertigung/Zusendung/Aushändigung von Ehrenurkunden anlässlich von Zugehörigkeitsjubiläen. Dies ist nicht originäre Aufgabe der Seniorenvertretung – und auch nicht der Landesgruppen. Der Vorstand wird dieses Thema mit der Bundesleitung erörtern.

Verfahren Notfallordner der dbb Bundesseniorenvertretung und Bezug von AiR

AiR wird allen "Neu-Ruheständlern" angeboten. Es muss aus Kostengründen leider darauf verzichtet werden, dieses Angebot auch auf Mitglieder, die sich bereits im Ruhestand befinden, auszudehnen.

Dazu gehört auch die regelmäßige Einstellung des Bezuges, wenn Mitglieder ausscheiden. Der Vorstand klärt, inwieweit die Geschäftsstelle diese Aufgabe künftig übernehmen kann.

Bisher hatte Günther Grapp die Aktualisierung der Liste der AiR-Bezieher übernommen.

Flyer "Es lohnt sich, bei uns zu bleiben" Der vorhandene Flyer wird kurzfristig insbesondere hinsichtlich der personellen Veränderungen im Vorstand der Seniorenvertretung aktualisiert und allen Landesgruppen entsprechend dem angemeldeten Bedarf zur Verfügung gestellt.

Seminare 2020/2021 2020

Das für Mai 2020 vorgesehene Seminar musste aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

2021

Die Vorsitzende Doris Braun stößt eine Diskussion über die künftige Gestaltung der Seniorenseminare an. Sie regt an, die Seminare verstärkt dafür zu nutzen, künftige Mandatsträger/Mandatsträgerinnen für die Seniorenvertretung zu gewinnen. Dafür schlägt sie eine Veranstaltung vorzugsweise für die Seniorenvertreter einer Landesgruppe vor. Neben fachlichen Inhalten

entsprechend der bisherigen Seminare soll dabei die Motivierung und Aktivierung der Teilnehmer für die Übernahme von Aufgaben im Bereich der Betreuung der Senioren im Fokus stehen.

Nach Diskussion stimmt die Seniorenvertretung einem entsprechenden Versuch in der Landesgruppe NRW zu. Über das weitere Vorgehen wird dann auf der Grundlage der bei diesem Seminar gewonnenen Erfahrungen entschieden.

Darüber hinaus soll es aber 2021 auch ein Seminar nach herkömmlicher Art geben – es wird voraussichtlich vom 29. September bis 1. Oktober 2021 in Königswinter stattfinden. Näheres dazu wird den Seniorenvertretern noch mitgeteilt.

Berichte aus den Landesgruppen und der Frauenvertretung

Wegen der Corona-Pandemie hat es auf der Bundes- und Landesebene - über die regelmäßige Info-Weitergabe kaum weitere Aktivitäten gegeben. Geplante Veranstaltungen mussten abgesagt werden. Einige Veranstaltungen sind noch für die nächsten Monate geplant, die tatsächliche Durchführung ist aber ungewiss. Die Frauenvertretung zieht ihren Jahresplan in digitaler Form durch.

Verschiedenes

 Soweit noch nicht geschehen, sind in den Landesgruppen Stellvertreter der Landesseniorenbeauftragten zu wählen und diese dem Vorstand mitzuteilen.

Termine 2020/2021

Für 2020 ist keine weitere Tagung der Seniorenvertretung vorgesehen. Im Bedarfsfall stimmen sich die Mitglieder sich digital ab.

Die Frühjahrstagung 2021 wird voraussichtlich im April in Nürnberg stattfinden.

Die 2. Tagung in 2021 wurde noch nicht terminiert. Hier bleibt nicht zuletzt auch die weitere Entwicklung der Pandemie abzuwarten. Für die Herbsttagung schlägt Günther Schimpf die Durchführung in einer Region vor, in denen die Seniorenvertretung länger nicht getagt hat (z.B. RPS).

Der "neue" und "alte" Vorstand wird sich im November 2020 in der Geschäftsstelle zu einem Übergabegespräch treffen. Neben der Klärung der internen Zusammenarbeit im Vorstand wird es auch festzulegen sein, welche Aufgaben künftig die Geschäftsstelle übernimmt.

Ankündigung: der nächste Bundesgewerkschaftstag findet voraussichtlich im Juni 2022 statt.

Doris Braun dankte zum Abschluss den Anwesenden für die konstruktive und engagierte Mitarbeit während der Tagung.

Text: Hans-Jürgen Groh

Grundrente

Sachstandsbericht

Zum 1. Januar 2021 tritt das Grundrentengesetz in Kraft. Damit erhalten Beitragszahler, die viele Jahre gearbeitet. aber unterdurchschnittlich verdient haben, künftig eine Grundrente. Nachdem sich der Deutsche Bundestag im Juli 2020 darauf einigte, wurde entschieden, dass diese Reform von der Deutschen Rentenversicherung umgesetzt wird. Den derzeitigen Sachstand erläuterte der Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Stephan Fasshauer in einem Gastbeitrag im Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb, Ausgabe Juli/August 2020 (AiR - Aktiv im Ruhestand). Für die Leserinnen und Leser des vbba-Magazin sind hier die wichtigsten Punkte daraus zusammengefasst.

1. Für Rentnerinnen und Rentner, die neu in Rente gehen, sind bereits die neuen Rentenbescheide ab Mitte 2021 zu erwarten. Für Bestandsrentner werden die Bescheide voraussichtlich in einem Zeitraum bis Ende 2022 erteilt werden. Begonnen wird mit den ältesten Jahrgängen. Für Ansprüche, die bereits ab Januar 2021 bestehen, erfolgen automatisch Nachzahlungen.

Einer Antragstellung hierzu bedarf es nicht! Alle Rentenansprüche werden überprüft und ein entstandener Anspruch wird automatisch nachgezahlt.

- 2. Seit 2019 laufen bei der Deutschen Rentenversicherung die Vorbereitungen für die Umsetzung auf Hochtouren. Zur Information der Rentnerinnen und Rentner als auch der Versicherten wurden intensive Pressemitteilungen zur Grundrente gestartet. Auch auf der Web-Seite der Deutschen Rentenversicherung (www.deutsche-rentenversicherung de) findet sich eine Sonderseite zum Thema Grundrente mit den wichtigsten Informationen und gibt Antworten zu häufig gestellten Fragen. Darüber hinaus gibt es eine Broschüre mit Beispielsrechnungen, einen Erklärfilm, sowie Infos in den Kundenzeitschriften und Social-Media-Kanälen.
- 3. Die Grundrente ist bekanntlich an eine Einkommensprüfung gebunden. Zunächst müssen aus 26 Millionen laufenden Rentenfällen diejenigen herausgefiltert werden, die grundsätzlich einen Anspruch haben könnten. Danach ist ein Datenaustausch zwischen den Finanzverwaltungen der Länder und den Rentenversicherungsträgern durchzuführen. Dieser Datenaustausch ist neu entwickelt



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

worden und wird weitgehend automatisiert erfolgen. Die internen IT-Verfahren der Deutschen Rentenversicherung werden dadurch deutlich komplexer werden. Bei Rentnern, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, kann dieses Verfahren nicht angewendet werden.

4. Es versteht sich von selbst, dass eine derartige Ausweitung der Aufgaben hohe Verwaltungskosten und einen enormen Personalbedarf nach sich ziehen. Im Einführungsjahr werden 3000 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt, danach rechnet man mit 1700 Mitarbeitern für die laufende Umsetzung der Grundrente. Für das Einführungsjahr liegen die Personalkosten geschätzt bei 400 Millionen Euro. Die Personalgewinnung gestaltet sich momentan schwierig, da der regelmäßig schon hohe Bedarf an Nachwuchskräften schwer befriedigt werden kann und sich der Arbeitsmarkt in einer schwierigen Lage befindet. Dennoch ist man optimistisch geeignetes Personal zu finden, schließlich ist die Deutsche Rentenversicherung eine attraktive Arbeitgeberin.

Text: Josef Fernsebner

vbba-Urgestein

Edi Weingärtner feiert gleich doppeltes Jubiläum

Mit seiner bis heute wilden langen Haarmähne ist Edi Weingärtner weit über die bayerischen Landesgrenzen als echtes Original und vbba-Urgestein bekannt. Diesen Herbst gab es gleich zwei runde Jubiläen, zu denen seine Kolleginnen und Kollegen der Landesgruppe und die unzähligen vbba'ler, die von Edi regelmäßig mit seinem Senioren-Newsletter versorgt werden, von Herzen gratulieren möchten: Edi Weingärtner feierte am 16. Oktober seinen 70. Geburtstag und kurz davor sein 50-jähriges vbba-Jubiläum. Grund genug, um das Leben und Wirken dieses vbba'lers mit Herz und Seele einmal hochleben zu lassen.

Geboren und aufgewachsen ist er in Schweinfurt und als absoluter Clubberer, also Fan des 1. FC Nürnberg. Die

schulische Erziehung - ausgerechnet von Klosterbrüdern in Münsterschwarzbach machten aus ihm einen eher schwierigen Schüler und weckten sein Widerspruchsgen. Ideale Voraussetzungen also für einen späteren Gewerkschafter und Personalrat. Gleich nach der Schule startete er sein BA-Leben als VIA im Arbeitsamt Schweinfurt und als vbba-Mitglied. Er war im Landesarbeitsamt im Zentralen Einkauf tätig, noch wirkungsmächtiger allerdings war er in seinem Amt als PR-Vorsitzender des LAA (RD) Bayern. Zusammen mit seinem Stellvertreter Wolfgang Pototzky ließ er 12 Jahre lang keinen Stein auf dem anderen und schaffte es unter anderem, als einer der ersten bundesweit die neuen Arbeitszeitregelungen umzusetzen und äußerst mitarbeiterfreundliche Regelungen zu vereinbaren. Seine Ansprachen und die Art und Weise, wie er beispielsweise die



Gewerkschaft Arbeit und Soziales



Personalversammlungen leitete, hatten stets etwas von einer Unterhaltungsshow und Edi genoss es, seine politischen Lieblingsgegner – einer war der FDP Minister Dirk Niebel – ins Visier zu nehmen. In der vbba betreute er daneben über mehrere Wahlperioden die örtliche Gruppe der RD Bayern und als Geschäftsführer die Landesgruppe Bayern.

Markenzeichen war und ist bis heute allerdings seine rebellische Langhaar-Frisur. Wenn auch das Haar im Laufe der Jahre etwas lichter und heller wurde, blieb sich

der bekennende 60er-Jahre-Hardrockfan über all die Jahre treu. Auch in den Jahren nach seinem Ruhestand ist Edi weiterhin aktiv für die vbba geblieben. Als Seniorenvertreter sorgte er für eine aktive und quicklebendige Seniorengruppe Bayern (obwohl er bisher von gemeinsamen Ausflügen nach Wacken oder einer Hardrockkreuzfahrt absah) und wies zahllose Neu-Personalräte als Dozent in das BPersVG ein. Wer einmal in Lennestadt und dem obligatorischen "Betriebsbesuch" in der Brauerei Krombach mit dabei war, konnte ein Lied vom bzw. mit Edi singen.

Nicht vergessen werden darf auch sein langjähriges Wirken als stellvertretender Seniorenvertreter im Bund.

Der Edi hat sich einen Namen als Rocker und Rebell, aber auch als liebevoller Familienvater und durch und durch treuen Gewerkschafter gemacht. An dieser Stelle also ein herzliches "Alles Gute" und ein Dankeschön für 50 Jahre Einsatz für die vbba.

vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgruppe Baden-Württemberg

Text: Bernhard Straßer

Landesgewerkschaftstag

Baden-Württemberg

Unter Einhaltung der Infektionsschutzregeln fand am 17. und 18. September der diesjährige Landesgewerkschaftstag der vbba Baden-Württemberg im "Sportpark Fautenhau" in Großaspach statt. Aufgrund der deutlich reduzierten Teilnehmerzahl sowie der großzügigen Räumlichkeiten konnten die entsprechenden Abstandsregeln eingehalten werden.

Rückblick auf die gewerkschaftliche Arbeit der letzten 12 Monate

Der Landesvorsitzende Christian Löschner berichtete über die gewerkschaftliche Arbeit der vbba Baden-Württemberg sowie die Teilnahme von Mitgliedern des Landesvorstands an verschiedenen Gesprächen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen des zurückliegenden Jahres. Bedingt durch die Corona-Pandemie konnten ab Mitte März keine Veranstaltungen mehr durchgeführt werden.

Die Landesfrauenvertreterin Anna Walker stellte den Delegierten die verschiedenen Aktivitäten der Frauenvertretung auf Bundes- und Landesebene vor.

Marius Baisch berichtete als Landesjugendvertreter über die Aktionen unserer vbba-Landesjugend. So fand im Oktober 2019 der Azubi-Bowlingabend im Lago in Karlsruhe statt, welcher maßgeblich von der Jugend organisiert wurde. Im November stellte sich unsere Landesjugend im Rahmen der Jugendversammlung im IS-Verbund Stuttgart vor, im Februar 2020 fand eine Veranstaltung für Studierende an der HdBA in Mannheim statt.

Michael Friedla informierte über aktuelle Themen und Herausforderungen aus der



Die Delegierten des LGT 2020



Landesjugendvertreter Marius Baisch bei seinem Vortrag

Familienkasse, wie z. B. den starken Aufgaben- und Personalaufwuchs.

Gemeinsam mit Christian Löschner gab er anschließend einen Überblick über die letztjährige Einkommensrunde der Länder sowie die Forderungen, den Ablauf und aktuellen Stand der auch uns betreffenden laufenden Einkommensrunde. Hier hat sich die vbba – natürlich auch in Baden-Würt-

temberg – mit einem digitalen Branchentag am 5. August und einem Aktionstag in vielen Dienststellen am 8. September aktiv beteiligt. Auch die Teilnehmer des Landesgewerkschaftstages 2020 unterstützen die aktuellen Forderungen, weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

Der Beisitzer für den Bereich SGB II Harry Annuß berichtete über die Aktivitäten des Netzwerks SGB II. Mitte März haben wir kurz vor dem Lockdown - noch unser landesweites Netzwerktreffen wie gewohnt in Stuttgart durchführen können. Schwerpunkt der Veranstaltung war dieses Jahr "Sicherheit". Hierzu konnten wir, nach den tätlichen Angriffen auf Beschäftigte in Nürtingen und Rottweil und einem entsprechenden Gespräch im Vorfeld, Christian Rauch (VG der RD BW) und Joav Auerbach (GIS der RD BW) als Vertreter der Regionaldirektion zu einem intensiven Austausch begrüßen. Als Vertreter der vbba-Bundesleitung nahm Uwe Mayer an dem Netzwerktreffen teil.



Unterstützungsaktion des LGT in der laufenden Einkommensrunde



Harry Annuß stellt die Aktivitäten des Netzwerk SGB II vor



Die Delegierten des LGT 2020

Wahlen und Abstimmungen

Im Anschluss standen Nachwahlen zum Landesvorstand an. Nachdem Harald Bock aufgrund des Eintritts in den Ruhestand seine Funktion als Regionaler Beisitzer Nordbaden aufgegeben hat, wählten die Delegierten Dominik Münch zu seinem Nachfolger, die Wahl erfolgte einstimmig. Leider konnten wir uns von Harald wegen der Corona-Einschränkungen dieses Mal nicht persönlich verabschieden, dies wird in einem würdigen Rahmen selbstverständlich nachgeholt.

Zum Landesgewerkschaftstag wurden von den Delegierten insgesamt 12 Anträge zur intensiven Diskussion und Abstimmung gestellt, insbesondere zu tariflichen und beamtenrechtlichen Themen – welche nun auf Bundesebene weiterverfolgt werden.

Mitgliederentwicklung und Finanzen

Wie bereits in den Vorjahren konnten wir in Baden-Württemberg auch 2019 unsere Mitgliederanzahl wieder deutlich steigern. Erneut haben sich mehr als 150 Kolleginnen und Kollegen neu für eine Mitgliedschaft bei der vbba entschieden. Dies ist das Ergebnis der guten Aufstellung als Fachgewerkschaft und der engagierten Arbeit unserer aktiven Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Der Landesschatzmeister Thomas Weiß stellte den Delegierten des Gewerkschaftstags den Kassenbericht für 2019 vor und informierte zur aktuellen Finanzlage der Landesgruppe. Die Kassenprüfer attestierten eine ordnungsgemäße Kassenführung. Somit stand der vorgeschlagenen Entlastung von Schatzmeister und Landesvorstand nichts entgegen, der Beschluss fiel jeweils einstimmig.

Analyse Wahlen 2020

Schwerpunkt des Landesgewerkschaftstags war die Auswertung der Wahlen im April 2020. Es wurden unter Leitung von Roger Zipp und Marius Baisch von den Delegierten die Ergebnisse der Personalratsund Jugendwahlen kritisch analysiert und die Erkenntnisse intensiv besprochen.

Bei den Wahlen zum Bezirkspersonalrat (BPR) BW war die vbba sehr erfolgreich und konnte – im Vergleich zur Wahl 2016 – insgesamt 3 Sitze hinzugewinnen. So stellen wir zukünftig bei den Arbeitnehmern 7 von 18 Mitgliedern, bei den Beamten 4 von 5 Mitgliedern. Die vbba geht deutlich gestärkt aus den Wahlen hervor und ist zukünftig mit 11 Mitgliedern im BPR vertreten. Damit haben wir mit dem gewerkschaftlichen Mitbewerber, der nur noch 11 Sitze erreicht hat, gleichgezogen – und sind somit nun auch bei den Mandaten auf Augenhöhe. Leider spiegelt sich dies nicht



im BPR-Vorstand und bei den BPR-Ausschuss-Sprechern wider.

Bei den Wahlen zur Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) BW konnte die vbba ihre Mehrheit erneut verteidigen und erreichte (nach 2016 und 2018) zum dritten Mal in Folge die Mehrheit der abgegebenen Stimmen – und damit 6 von 11 Sitzen.

Angesichts der besonderen Umstände durch den Corona-Lockdown, fast flächendeckenden Briefwahlen mit entsprechend hoher Anzahl an ungültigen bzw. verspätet eingegangen Stimmen und die im Vorfeld eingeschränkten persönlichen Wahlwerbemöglichkeiten sind wir mit den Ergebnissen nicht unzufrieden. Dennoch gilt hier für uns: Beim nächsten Mal wollen wir noch besser sein.

Gemeinsamer Austausch

Das Abendessen und das Zusammensein an frischer Luft auf dem "Dorfplatz" des Sonnenhofs nutzten die fast 30 Delegierten



Vertreter der vbba Landesjugend beim LGT

für den regen Austausch untereinander. So kamen auch die erstmals teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen schnell mit den "alten Hasen" ins Gespräch.

Wie gewohnt endete auch der diesjährige Landesgewerkschaftstag mit Erläuterungen zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz, der Freizeit-Unfallversicherung, den verschiedenen Schulungsangeboten der vbba (in Präsenz und als "vbba-e-seminar") sowie einem Ausblick auf die geplanten Aktionen und die nächsten Termine.

Kooperation mit der BBBank

Über die dbb-Vorteilswelt bietet die vbba ihren Mitgliedern auch zusätzliche Mehrwerte. Per Video schaltete sich Petra Hasebrink (Landesdirektorin öffentlicher Dienst) von der Badischen Beamtenbank zu. Sie informierte die Delegierten über die aktuellen Angebote und Aktionen.

Text: Christian Löschner

Mitgliederversammlung

Schönstes blau und gute Stimmung

Es ist Freitag der 4. September und mein Wecker klingelt um 7.00 Uhr. Heute ist der Tag unserer Jahresmitgliederversammlung der Landesgruppe Berlin- Brandenburg.

Beim ersten Blick aus dem Fenster wurde mir Angst und Bange. Nachdem wir wochenlang zittern mussten, ob die Versammlung unter Corona überhaupt stattfinden kann, begrüßte mich nun auch noch ein grauer Himmel plus Nieselregen.

Um 15.00 Uhr war dann Anpfiff am wunderschönen Ufer der Spree in Berlin- Oberschöneweide. Pünktlich hierzu öffnete sich der Himmel und zeigte sich in seinem schönsten Blau plus einer großen Portion Sonnenstrahlen.

Gegen 15.45 Uhr richtete der Vorsitzende unserer Landesgruppe, Manfred Feit ein paar Worte an die Teilnehmer und übergab das Mikrofon unserem musikalischen Gast, der Sängerin Leona Heine. Sie schaffte es vom Fredersdorfer Proberaum bis ins Fernsehen, auch im Bundestag spielte sie schon. Und sie begeisterte auch uns mit ihrer tollen Stimme.















Vom ersten Gitarrengriff bis zum ersten Hit war es ein langer Weg. Zwar feierte die Sängerin dieses Jahr erst ihren 26. Geburtstag, dennoch hat die Fredersdorferin schon eine kleine Karriere hinter sich. Bereits mit fünf Jahren besuchte sie die Musikschule, mit zwölf schrieb sie ihren ersten Song, mit 17 landete die fröhliche Brandenburgerin den ersten Hit. Videoclips zu ihren Hits wie "Wolkenschloss" oder "Kleine Schritte" dreht sie nicht in abgeschotteten TV-Studios, sondern in Brandenburger Dörfern ringsum. Mit den Menschen von hier. Umso wohler fühlte sie sich bei uns, auf der wunderschönen Außenterrasse mit dem Blick aufs Wasser.

"Ich glaube, ich kann ohnehin viel besser singen als reden", lächelt die sympathische Lehramtsstudentin für Musik, die ursprünglich mal Ärztin werden wollte.

Traditionell gab es, wie auch bei den Jahresmitgliederversammlungen der letzten Jahre ein typisch Berliner Buffet, mit Boulette, Kaßler und Kartoffelsalat. Auch die Rote Grütze mit Vanillesoße durfte nicht fehlen

An dieser Stelle noch einmal ein dickes Lob an den Veranstalter und alle im Service tätigen, die dafür gesorgt haben, dass alle Hygiene-Auflagen eingehalten werden konnten. Besonders gefreut habe ich mich über folgende Email im Vorfeld:

"Aufgrund der Personenzahl habe ich nochmal Rücksprache in meinem Team gehalten und wir würden Ihnen gerne unsere größere Location, die Panoramalounge (Lighthouse), anbieten. Zum einen wäre die Terrasse größer und zum anderen können wir etwas mehr Abstand zwischen

den Personen gewährleisten. Hier würden wir natürlich für Sie preislich bei derselben Raummiete bleiben. Die Location befindet sich direkt neben dem LichterMeer und liegt auch am Wasser."

Es war eine rundum tolle Veranstaltung mit vielen guten Gesprächen und gemeinsamen Erinnerungen, wo auch ein guttuendes herzhaftes Lachen nicht zu kurz kam. Auch das Wetter blieb uns treu und erfreute uns mit einem tollen Sonnenuntergang und es fiel schwer, gegen 20.00 Uhr "Auf Wiedersehen zu sagen".

Hier noch einige Stimmen der Teilnehmenden, die für sich sprechen:

Hallöchen.

aus meiner Sicht war es ein absolut gelungener Nachmittag/Abend.

Es gab ausreichend Speis und Trank, sowie gute Unterhaltung, sowohl musikalisch als auch zwischenmenschlich!

Und bei all dem Überfluss machte auch noch das Wetter mit! :-)
Jederzeit wieder!

"Ich habe die Veranstaltung sehr genossen, weil ich mich mit unterschiedlichen Menschen team- und hierarchieübergreifend ganz ungezwungen und entspannt über alltägliche Themen unterhalten konnte."

"Es war eine sehr schöne Veranstaltung mit leckerem Essen und auch einem interessanten Rahmenprogramm. Vielen lieben Dank für die tolle Organisation."

"Die Veranstaltung war aus meiner Perspektive wirklich absolut gelungen! Ein dickes Lob und großes Dankeschön an die Organisatoren für einen tollen Freitagnachmittag und -abend!

Ihr habt uns einen sehr schönen Ausklang der Arbeitswoche und einen guten Start ins Wochenende beschert!

Die Highlights:

- eine Top-Location mit Spreelage und ausreichenden Parkmöglichkeiten
- eine talentierte Liedermacherin mit gelungenen Eigenkompositionen und optimal interpretierten Coversongs
- ein sehr abwechslungsreiches Büffet, bei dem für jeden Gast etwas dabei war
- eine ausgewogene Getränkeauswahl auf der Karte und natürlich der Begrüßungssekt
- die aktuellen Informationen zur neuen Tarifrunde und den Bemühungen zur weiteren Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen
- die Kollegen in einem ungezwungenen und angenehmen Ambiente zu treffen
- die immer wieder sehr nützlichen vbba-Giveaways
- das spätsommerliche Wetter mit Sonnenuntergang direkt hinter der Spree"

Wir können nur so viel verraten, in unseren Köpfen schwirren bereits die ersten Überlegungen zur Gestaltung der Jahresmitgliederversammlung 2021 herum, denn nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Ideen und Anregungen nehmen wir gern entgegen.

In diesem Sinne, bis nächstes Jahr.

Text und Bilder: Carola Schüler



Landesgewerkschaftstag

t vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgruppe Berlin-Brandenburg

Unter Corona-Bedingungen im Spätsommer

Auf geht's - am 17. September bei bestem Spätsommerwetter in die Stadt Brandenburg, genau gesagt in das wunderschön gelegene Seehotel Brandenburg am Beetzsee. Genau der richtige Ort um runterzukommen und sich intensiv mit den Themen unseres diesjährigen Landesgewerkschaftstages unserer Landesgruppe auseinanderzusetzen.

Neben den Berichten aus dem Landesvorstand und der einzelnen Gruppen, den Ergebnissen der Rechnungsprüfung, bis hin zur Aufstellung und Genehmigung des Haushaltes war alles dabei. An mancher Stelle wurde diskutiert, aber gleichzeitig auch Erfahrungen gewinnbringend eingebracht. Rege diskutiert wurde die diesjährige Jahresmitgliederversammlung, die trotz ausgezeichneter Planung und Highlights leider nicht die gewünschte Resonanz fand.

Der wunderschön und idyllisch gelegene Beetzsee mit seinem kleinen weißen Sandstrand lud in den Pausen oder am Morgen vor der Tagung zum Verweilen ein und wurde dann im Rahmen einer aktiven Mittagspause zur Filmkulisse. Hier entstand natürlich unter Einhaltung der Abstandsregelung mit Hilfe der neusten vbba- Streikwesten unser diesjähriges Gruppenfoto.

Den Abend ließen wir dann wie immer bei "Kamingesprächen" und einem Kicker-Turnier zwischen den "Alten" und den "Jungen" ausklingen. Dreimal darf man raten, wer gewonnen hat. Na klar, das ältere Semester. Eine Revanche vielleicht beim nächsten Landesgewerkschaftstag, bei welcher Spiel- oder Sportart auch immer.



Harald Kirchner und Manfred Feit

Am nächsten Morgen ging es dann in die 2. Runde und wir begrüßten den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Harald Kirchner. In seiner Rede ging es, wie kann es anders sein, aktuell um die Tarifverhandlungen und die Einkommensrunde. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die Wahl der Landesleitung und des Landesvorstandes. Es gab auch hier und da Momente der Diskussion und des Austauschs untereinander, aber schließlich mit einem deutlichen Wahlergebnis. Der wieder gewählte Vorsitzende Manfred Feit und seine neu gewählte Stellvertreterin Carola Rodehau-Noack dankten den ausgeschiedenen Mitgliedern von Landesleitung und Landesvorstand für die geleistete Arbeit der vergangenen vier Jahre. Den neuen Mitgliedern gratulierten sie und wünschten eine erfolgreiche Arbeit. Es ist anzumerken, dass die neue stellvertretende Vorsitzende nicht nur in einem Jobcenter tätig ist, sie ist zudem kommunale Beamtin. Komplettiert wird der neue Landesvorstand durch die Schatzmeisterin Sybille Feibicke und den SGBII-Stellvertreter Jan Appel. So ist nicht nur die Geschlechterparität gewahrt, auch die Rechtskreise und die vertretenen Länder sind einbezogen.

Wir danken allen Beteiligten für einen gelungenen Landesgewerkschaftstag und sind bereits jetzt in der Planung des LGT 2021. Wie man so schön sagt: "Nach dem Spiel ist vor dem Spiel". Lasst Euch überraschen wo es hingeht. Fest steht der Termin, es sind der 16. und 17. September 2021

Bericht Carola Schüler; Fotos Manfred Feit

Die Teilnehmenden des LGT



Landesgewerkschaftstag

im Süden von Sachsen-Anhalt, in der nördlichsten Weinbauregion

Die Vertreterinnen und Vertreter aus den regionalen Gruppen der vbba in den Agenturen und Jobcentern sowie die Mitglieder des Bezirkspersonalrates und der BJAV trafen mit dem Landesvorstand in diesem Jahr im Süden von Sachsen-Anhalt, in der nördlichsten Weinbauregion Europas in Naumburg an der Saale vom 3. bis 4. September zu ihrem Landesgewerkschaftstag (LGT). Natürlich fand der Gewerkschaftstag unter Einhaltung der Auflagen aus der Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt zur Coronapandemie statt.



Teilnehmende am Landesgewerkschaftstag der Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen

Nach dem Tätigkeitsbericht des Landesvorsitzenden Steffen Grabe, in dem er insbesondere auf die erfolgreichen Personalratswahlen (PR, BPR, HPR, JAV, BJAV, HJAV) einging, folgten die Berichte der Kassenprüfer, die Aufstellung und Bestätigung des Haushaltsplanes sowie die Entlastung des Landesvorstandes für das abgelaufene Haushaltsjahr.

Im gegenseitigen Austausch berichteten die jeweiligen Vertreter aus den Gremien, regionalen Gruppen sowie der Jugend, der Senioren, der Frauen und der Jobcenter. Die finanzielle Entwicklung und vor allem die anhaltende Steigerung der Mitgliederzahlen des Landesverbandes stimmte alle positiv und zeigt, dass es wichtig ist, weiterhin aktiv Mitglieder zu gewinnen.

Die aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten von Bund und Kommunen war eines der Haupthemen des LGT. Die damit verbundenen geplanten Aktionen der vbba zum Aufruf des dbb, um der Arbeitgeberseite deutlich zu zeigen, was wir vom nicht vorgelegten Angebot der Arbeitgeber halten, wurden durchweg positiv von allen aufgenommen. Auch als verhältnismäßig kleiner Landesverband waren sich die Teilnehmenden einig, bereits am 8. September zum Aktionstag an mindestens zehn Standorten in Sachsen-Anhalt und Thüringen deutlich Flagge zu zeigen.

Ein weiterer fester Bestandteil der Landesgewerkschaftstage wäre die Anwesenheit des Vertreters der bbBank gewesen. Aufgrund der Kontaktbeschränkungen war diesmal eine Anwesenheit nicht möglich und das Grußwort durch den Landesvorsitzenden überbracht. Die bbBank, mit dem zuständigen Landesdirektor Rene Plathe, ist ein langjähriger Partner mit dem wir eine enge Zusammenarbeit pflegen.

Mit einem Grußwort begleitete der Landesvorsitzende der vbba NRW Norbert Nysar unseren LGT und berichtete unter anderem auch was seinen Landesverband an aktuellen Themen begleitet.



Landesvorsitzender der vbba NRW Norbert Nysar (links) und der Landesvorsitzende der vbba SAT Steffen Grabe

Wenn wir schon in einer traditionellen Weinregion sind, dann wollen wir den Weinbauern der ersten deutschen Sektmanufaktur (gegründet 1824) auch auf die Finger schauen...

Die Führung bei Kerzenschein durch den Gewölbekeller zeigte den LGT-Teilnehmenden die über 900 Jahre alte Tradition des Weinanbaus und konnte alle ein bisschen von der Begeisterung für Wein und Sekt anstecken. Vielleicht lag dies auch an den 3 % Alkoholanteil in der Kellerluft. Die edlen Weine und Premium Sekte "Von der Henne", welche nach alter Methode herstellt werden, konnten während der Führung auch immer wieder probiert werden.

Ein besonderes "Danke" für ihr langjähriges Engagement als Vorsitzende des Personalrates Magdeburg, Mitglied des



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen





Führung bei Kerzenschein durch den Gewölbekeller der Naumburger Sekt- und Weinmanufaktur

Bezirkspersonalrates der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen und vbba Mitglied, erhielt im Rahmen des LGT Pepi Tegtmeier. Der Landesvorsitzende Steffen Grabe ließ es sich nicht nehmen, ihr ein paar persönliche Worte in ihrer bulgarischen Muttersprache zu widmen.



Pepi Tegtmeier und Steffen Grabe

Premiere auf dem diesjährigen LGT war die Anwesenheit eines Mitgliedes der Geschäftsführung der RD Sachsen-Anhalt-Thüringen. Frau Dr. Simone Simon (Geschäftsführerin Interner Service der RD SAT) kam der Einladung des Landesvorstandes nach und stand für einen offenen Austausch zur Verfügung. Als Themen wurden die Neuorganisation und die Hochfahrlogik behandelt. Frau Dr. Simon stellte im Rahmen ihrer Möglichkeiten Transparenz her. Die Dienststellen in der Fläche sollen präsent bleiben, was die vbba für die Kolleginnen und Kollegen sehr begrüßte. Sie würdigte dabei auch die Leistungen und Veränderungsbereitschaft aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, vor aber auch insbesondere seit Beginn der Coronapan-

demie. Jede/r ist zu Bewältigung der Krise wichtig und erbringt seinen Anteil, so Frau Dr. Simon. Die Teilnahme am LGT war keine Selbstverständlichkeit, so dass der Landesvorsitzende dieses auch im Namen aller Teilnehmenden besonders würdigte.

Zum Abschluss des zweitägigen LGT informierte der Landesvorstand die Teilnehmenden über den im nächsten Jahr voraussichtlich wieder im September stattfindenden LGT 2021 und den damit verbundenen turnusgemäß anstehenden Neuwahlen des Landesvorstandes.

Text: Patricia Tacke





GIS der RD SAT Fr. Dr. Simon & der Landesvorsitzende der vbba Steffen Grahe

50 Jahre Mitgliedschaft

vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgruppe Bayern

Seltenes Jubiläum



Erwin Heck (Seniorenbeauftragter), Petra Zang (Landesvorsitzende Bayern), Jubilar Gerd Hubert und Alexander Kunkel (regionaler Vorsitzender): Foto: Petra Zang

Unser Mitglied Gerd Hubert wurde für 50 Jahre!!! Mitgliedschaft geehrt.

Trotz CORONA konnte unter Einhaltung aller Vorgaben in einer kleinen Feierrunde die Dankesurkunde für die langjährige Mitgliedschaft von der vbba-Vorsitzenden der Landesgruppe Bayern Petra Zang, dem Seniorenbeauftragten Erwin Heck, dem regionalen vbba-Vorsitzenden Alexander Kunkel und seiner langjährigen Kollegin ebenfalls vbba-Mitglied - Christine Schwarzer überreicht werden.

1969 hatte Gerd Hubert seinen Dienst als VIA in der AA Aschaffenburg aufgenommen. Nach erfolgreicher Vorbereitungszeit war er bis 1989 als Sachbearbeiter "Angelegenheiten nach dem SGG und OWiG" tätig. Von 1989 bis 2001 erfolgte der Wechsel zum Gruppenleiter "Alg/Alhi/ FuU" bzw. Leistungsberater "Alg/Alhi/FbW" im Rahmen des AA 2000. Anschließend übte er die Tätigkeit als Teamleiter aus. Im Jahr 2002 konnte er in sein "geliebtes" Aufgabengebiet als Erster Sachbearbeiter für Angelegenheiten nach dem SGG in der AA Aschaffenburg und mit Einführung NEO als Sachbearbeiter für Angelegenheiten nach dem SGG in den OS Würzburg wechseln. Nach exakt 47 Dienstjahren wurde Gerd Hubert im Jahr 2016 pensioniert.

Trotz seiner Pensionierung nimmt Gerd Hubert noch regelmäßig am Agenturgeschehen teil. Verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft endete die kleine Feier in einem urigen Biergarten.

Text: Alexander Kunkel

50 Jahre solidarisch! Respekt!



Glückwünsche an den Jubilar; Foto: Jens Krüger

Eine äußerst seltene Ehrung durfte jetzt der Vorsitzende der regionalen Gruppe Lüneburg-Uelzen, Jens Krüger, vornehmen. Sage und schreibe 50 Jahre währte am 1. Oktober die Mitgliedschaft von Siegfried Duschek, ehemaliger Verwaltungsleiter in der Arbeitsagentur Lüneburg.

Ein solches Ereignis brauchte natürlich auch einen entsprechenden Rahmen.



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgruppe Niedersachsen-Bremen

Mit einer kleinen Delegation (neben dem Jubilar und mir zwei weitere ehemalige Kollegen und Gewerkschaftsmitglieder) wurde kurzerhand ein Tisch in einem gemütlichen Lokal reserviert und man verbrachte einige gemütliche Stunden miteinander. Alles na-

türlich unter höchster Beachtung der Hygienestandards.

Während der Einladung zum Essen wurde Siegfried Duschek feierlich die Urkunde (hübsch eingerahmt) übergeben und auch die Landesgruppe der vbba NSB ließ es sich nicht nehmen, dem Jubilar eine Aufmerksamkeit, schön verpackt in einer Holzkiste, durch Ihre Vorsitzende Silke Babiel zukommen zu lassen.

Als am nächsten Morgen mein Telefon klingelte, war ich etwas überrascht. Es war Siegfried, der sich für diesen wunderschönen Abend bedankte und sich besonders gefreut hatte, nochmal mit "alten" Kollegen die alten "Zeiten" Revue passieren lassen zu können. Seit diesem Abend sind wir auch alle per "Du". Ich fühle mich geehrt. Wo ist nur die Zeit geblieben…..?!

Text: Jens Krüger

Mitgliederversammlung München

Vorbereitung des Aktionstages

Am 4. September trafen sich Kolleginnen und Kollegen zum Austausch und insbesondere zur Vorbereitung des Aktionstages des dbb am 8.September.

Die Vorsitzende der regionalen Gruppe München berichtete über aktuelle Themen und über die Bereitschaft, dass die AA München am dbb-Aktionstag mitwirken wird.

Hierzu wurden u.a. die Flyer erstellt und die Vorbereitungsarbeiten für den Tag verteilt. Hier war ein reges Interesse vorhanden. Desweiteren wünschten sich die Mitglieder ein "Gewerkschaftsseminar" mit einem Vertreter der vbba oder des dbb zu aktuellen Themen in der BA

Hierzu wird die regionale Vorsitzende Gespräche in der vbba-Landsgruppe führen. Insgesamt war es eine sehr gelungene Veranstaltung.

Einige Kolleginnen und Kollegen kamen später und sind deshalb nicht auf dem Foto

Text: Annette Arnold

t vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Landesgruppe Bayern



Referententreffen

Rückblick und Planung



Vom 25. bis 26. September trafen sich die Referentinnen und Referenten zum Austausch in der Bundesgeschäftsstelle in Nürnberg. Aufgrund der corona-bedingten Vorgaben des Hygienekonzeptes war die Anzahl der körperlich Anwesenden begrenzt. Somit entstand eine Hybrid-Veranstaltung, da weitere Referenten virtuell teilnahmen.

Neben der Planung des Angebotes des Seminarwesens für 2021 erfolgte ein Rückblick auf die stattgefundenen vbba-e-SeDie Referentinnen und Referenten der vbba; Foto: Steffen Grabe

minare im Rahmen der Grundschulungen zum BPersVG. Die "e-Seminarleiter/innen" berichteten von ihren positiven Erfahrungen und anfänglichen technischen "Kleinst"-Problemen. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die vbba auch im Jahr 2021 wieder e-Seminare anbieten wird. So können Kompetenzen trotz Corona vermittelt werden, weiterhin erschließt sich ein neuer Teilnehmerkreis: Personen mit Betreuungsaufwand, welche eine Reise zu einem Präsenz-Seminar nicht antreten können.

Während des Treffens übergab Doris Braun den Staffelstab des Seminarwesens symbolisch an Steffen Grabe.

Mit herzlichen Worten bedankte sich Steffen Grabe im Namen der vbba bei Doris Braun für die geleistete Arbeit im Bereich



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

des Seminarwesens. Doris hatte in den vergangenen Jahren das Seminarwesen aufgebaut und etabliert. Dank ihr haben mittlerweile zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet für ihre Gremienarbeit als Personalrat oder Schwerbehinderten-Vertrauensperson das notwendige Know-how erhalten.

Text: Steffen Grabe



Doris Braun übergibt das Seminarwesen an Steffen Grabe; Foto: Manfred Feit



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

kurzweilig und abwechslungsreich

Vom 21. bis 25. September fand in Nürnberg das erste Präsenzseminar seit Beginn der Corona-Pandemie statt. Entsprechend der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung wurde für die Bundesgeschäftsstelle ein Hygienekonzept erstellt, welches sich auch auf die Seminare auswirkt. So können Seminare mit nur noch maximal zwölf Teilnehmenden stattfinden und außerhalb des Arbeitsplatzes herrscht Maskenpflicht.

Von den zwölf angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Grundlagenseminars "BPersVG für JAV" fanden neun den Weg nach Nürnberg. Nach herzlicher Begrüßung der Teilnehmenden aus dem ganzen Bundesgebiet begannen die Referenten Christin Zange und Steffen Grabe mit der Vermittlung des Lernstoffes.

Untergebracht waren alle Anwesenden im Hotel Heideloff, welches ebenfalls aufgrund der Vorgaben in abgeänderter Form seine Gäste beherbergt.

Kurzweilig und abwechslungsreich in den Methoden arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Referenten die gesamte Woche am Thema. Nach Rückmeldungen aus dem Teilnehmerkreis sind viele Impulse für die weitere Gremienarbeit gesetzt worden.



bei der Präsentation



Besuch in der Zentrale

Als kleine Überraschung wurde für Donnerstag ein Besuch der Zentrale der BA eingeplant. Der stellvertretende HPR-Vorsitzende Christian Löschner empfing die Teilnehmenden und Referenten und bot einen kurzen Rundgang an. Nachdem die Aussicht aus dem 16. Stockwerk begutachtet wurde, konnten in der ersten Etage nach dem Abstieg über die Treppe verschiedene Kunstwerke in Augenschein genommen werden.

Wie es der Zufall wollte, begegneten die Besucher den Vorständen Herrn Scheele und Herrn Terzenbach. Beflügelt von diesem Ereignis traten alle den Rückweg zum Seminarort in der Bundesgeschäftsstelle an.



Seminarraum

Letztendlich war die Woche sehr schnell vergangen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer traten zufrieden ihre Heimwege an.

Text: Steffen Grabe

Gruppenbild vor dem Heideloff





Seminare – Termin-Übersicht 2021							
von	bis	Int. Nr.	Schulungsthema	Ort	TN	Kosten	
18.01.2021	22.01.2021	21JAV1E	Grundschulung BPersVG für JAV	vbba-e-Seminar	15	470€	
25.01.2021	29.01.2021	21P11E	Grundschulung BPersVG Teil 1	vbba-e-Seminar	15	470€	
08.02.2021	12.02.2021	21P12E	Grundschulung BPersVG Teil 1	vbba-e-Seminar	15	470€	
22.02.2021	26.02.2021	21P13E	Grundschulung BPersVG Teil 1	vbba-e-Seminar	15	470€	
22.02.2021	26.02.2021	21P21L	Grundschulung BPersVG Teil 2	Lennestadt	15	980€	
08.03.2021	12.03.2021	21P14E	Grundschulung BPersVG Teil 1	vbba-e-Seminar	15	470€	
15.03.2021	19.03.2021	21SB1B	Grundlagenseminar Schwerbehindertenrecht	Bad Birnbach	12	980€	
12.04.2021	16.04.2021	21P15E	Grundschulung BPersVG Teil 1	vbba-e-Seminar	15	470€	
26.04.2021	30.04.2021	21P22L	Grundschulung BPersVG Teil 2	Lennestadt	15	980€	
14.06.2021	18.06.2021	21P23N	Grundschulung BPersVG Teil 2	Nürnberg	12	980€	
21.06.2021	25.06.2021	21P24E	Grundschulung BPersVG Teil 2	vbba-e-Seminar	15	470€	
12.07.2021	16.07.2021	21P25N	Grundschulung BPersVG Teil 2	Nürnberg	12	980€	
13.09.2021	17.09.2021	21P16N	Grundschulung BPersVG Teil 1	Nürnberg	12	980€	
20.09.2021	24.09.2021	21P26L	Grundschulung BPersVG Teil 2	Lennestadt	15	980€	
27.09.2021	01.10.2021	21SB2S	Grundlagenseminar Schwerbehindertenrecht barrierefreie Unterkunft	Strahlsund	12	980€	
29.09.2021	01.10.2021	2021B137EK	Senioren-Seminar "Sicherheit im Internet / Gesundheitsmanagement"	Königswinter	15	146€	
11.10.2021	15.10.2021	21TV1	Grundlagenseminar Tarifrecht TV BA und TV ÖD für PR-Vertretungen	Lennestadt	15	980€	
18.10.2021	22.10.2021	21P27E	Grundschulung BPersVG Teil 2	vbba-e-Seminar	15	470€	
25.10.2021	29.10.2021	21P28N	Grundschulung BPersVG Teil 2	Nürnberg	12	980€	
15.11.2021	19.11.2021	21P17L	Grundschulung BPersVG Teil 1	Lennestadt	15	980€	

Seminarübersicht Stand 31.10.2020.Die aktuellen Seminarangebote finden Sie auf unserer Homepage www.vbba.de

Wichtige Hinweise zur Seminar-Termin-Übersicht 2021:

- Diese Planung hat vorläufigen Charakter und wird aufgrund aktueller Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stetig überprüft und ggf. angepasst.
- Die Angebote richten sich ausschließlich an Gremienvertreter in den Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit sowie den Jobcentern in den Gemeinsamen Einrichtungen.
- Eine detaillierte Aufschlüsselung der Schulungskosten (Teilnehmerbetrag und Kosten für Unterkunft und Verpflegung) kann zur Vorlage in der Dienststelle abgefordert werden.
- Für die Teilnahme notwendige Unterlagen sind im Gesamtpreis inbegriffen und werden durch die vbba zur Verfügung gestellt.
- Die vbba-e-Seminare werden über die Anwendung "Adobe Connect" abgehalten. Diese kann nicht über die dienstliche IT aufgerufen werden. Das vbba-e-Seminar führen Sie also außerhalb des Dienstgebäudes mit privater Technik durch.
- Für die Teilnahme ist ein sog. Entsendebeschluss des Gremiums erforderlich. Dies gilt auch für die Teilnahme am vbba-e-Seminar.
- Für weitere Fragen und Anmeldungen erreichen Sie uns unter:

Anmeldungen an: vbba-Bundesgeschäftsstelle, Heideloffstr. 21, 90478 Nürnberg oder per Fax 0911-4800663 oder per Email: info@vbba.de und Anmeldebogen.

Stornokosten werden in Rechnung gestellt. Weitere Informationen zu Orten, Terminen, Kosten, Anmeldung, Stornogebühren und Programmablauf gibt es unter:

www.vbba.de

oder telefonisch unter der Nummer: (0911) 4800 662. Auch die dbb akademie bietet Seminare zur Weiterbildung für Personalräte, zur politischen Bildung sowie zu Managementtechniken an. Weitere Informationen dazu finden Sie unter: www.dbbakademie.de Einzelfallförderung über Voucher möglich.

Sprechen Sie uns gern an!

Leserbrief INGA

t vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Anhebung Tätigkeitsebene

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 2012 besteht die Integration INGA, welches als Konzept gestartet ist und mit Erfolg in den Regelbetrieb übernommen wurde. In der Planung 2011 zu INGA wurde ein Anforderungsprofil erstellt, wobei schnell festgestellt wurde, dass die Anforderungen wesentlich komplexer und umfangreicher sind. 2018 wurden die Zusagen von Herrn Scheele und Frau Holsboer getroffen, dass die Berater in der Berufsberatung, Reha und INGA mit der TE III höher bewertet werden sollen. Die ist leider bisher nicht erfolgt.

Wir möchten daher, dass sich die Mitglieder der Tarifkommission in den anstehenden Tarifverhandlungen für die rückwirkende Erhöhung der Tarifierung der Arbeitnehmer*innen im Bereich der Integrationsberatung (INGA) auf die Beraterebene (TE III) verbindlich einsetzen. Die Erhöhung auf die Tätigkeitebene III ist längst überfällig. Eine Anpassung für die Beamtinnen und Beamten (Besoldung nach A11) muss analog erfolgen.

Begründung:

- Die Dienstpostenbeschreibung der Beratungskräfte in Inga ist seit 02. März 2011 nicht angepasst und aktualisiert worden. Damals war das Konzept noch in der Projektphase.
- Die Bewertung der INGA Beratungskräfte auf die Tätigkeitsebene III / A 11 entspricht der Fachexpertenebene III.
 Als Hilfestellung kann ein selbsterstelltes Kompetenzprofil aus unseren Erfahrungswerten zu den aktuellen Anforderungen der Integrationsberatung nachgereicht werden.
- Mit der festen Implementierung des INGA Konzeptes sind weitere Anforderungen und Qualifikationen notwendig geworden.

Dazu gehören:

- Durchlaufen einer Schulung von 214 Unterrichtstunden
- Erstellen und Bestehen einer Abschlussarbeit
- Zertifizierung durch die zentrale Führungsakademie der BA
- Die verbeamteten Mitarbeitenden werden mit der bisherigen Regelung zur Gewährung einer weiteren tätigkeitsabhängigen Funktionsstufe benachteiligt.
- Eine rückwirkende Tarifangleichung und Übertragung analog zur aktuellen Bewertung der Berater*innen LBB und Reha stellt die angemessene Honorierung der Kolleginnen und Kollegen dar, die durch die bisherige Zulagenregelung nicht gegeben ist.

Ich würde mich, stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen aller INGA Berater, über eine Rückmeldung ihrerseits freuen. Sollten formale Formate notwendig sein, werden wir dies gerne erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Linn





BEITRITTSERKLÄRUNG

Bitte das ausgefüllte Formular bei Ihrer regionalen vbba-Gruppe abgeben oder an folgende Adresse senden: vbba, Heideloffstr.21, 90478 Nürnberg

lah arklära hiarmit ah	01.	20	mainan Baitritt in dia Fach						
Ich erkläre hiermit ab gewerkschaft vbba – Go	ـــــــ ewerks৫		meinen Beitritt in die Fach- Soziales im dbb beamtenbund und tarifunion.						
_									
☐Herr ☐Frau Name	:								
Vorname: geboren am									
Straße, Hausnummer: _									
PLZ, Wohnort:									
Telefonnummer / Hand	lynumn	ner:	·						
E-Mail-Adresse:									
Bundesland:									
Jetzige oder letzte Dien	ststelle	·							
Mitglied in einer ander	en Gew	erkschaft □ ne	in \square ja, welcher						
ringinea iii eiiiei aiiaei		ernoonare = ne	<u> </u>						
☐ Beamter/in ☐	Arbeitr	nehmer/in (auch	ISB) in TE /EG TV-Ba /TVöD						
☐ Teilzeit <25 Std./Wo	che □] Ruhestandsbea	amter/in □ Rentner/in □ Hinterbliebene/r						
☐ Nachwuchskraft ab_		als	\square Auszubildende/r \square Student/in						
Datenschutzhinweise									
=			BDSG, dass meine mein Beschäftigungs- und derungen und Ergänzungen, im Rahmen der						
=			und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer						
-		=	Ergänzend gelten die Regelungen des						
Bundesdatenschutzgesetzes	in der je	weils guitigen Fassi	ung.						
Mit meiner Unterschrift neh	ıme ich d	ie Datenschutzhinw	veise zur Kenntnis und akzeptiere diese.						
WICHTIG: Bitte legen S	ie der E	Beitrittserklärun	g stets die Einzugsermächtigung bei.						
Ort. Datum			Unterschrift						
, <u></u>									
Wie wurden Sie auf uns a	ufmerks	am?							
☐ Empfehlung von			☐ Sonstiges						



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

im dbb beamtenbund und tarifunion

vbba Gewerkschaft Arbeit und Soziales Heideloffstr. 21 90478 Nürnberg BUNDESLEITUNG

Bundesgeschäftsstelle Heideloffstr. 21, 90478 Nürnberg

Telefon: 0911 4800 - 662 Telefax: 0911 4800 - 663

E-Mail: info@vbba.de

Einzugsermächtigung

Um per SEPA-Verfahren Lastschriften einziehen zu können, ist es notwendig, dass folgendes Mandat von Ihnen ausgefüllt, unterschrieben und zurückgesendet wird.

 \neg

 \Box

Ich ermächtige die vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales (Gläubiger-Identifikationsnummer: DE45ZZZ00001212144), Beitragszahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der vbba - Gewerkschaft und Soziales von meinem Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Monatsbeitrag:

Arbeitnehmer/in TE VIII-TE V / EG 5 - EG 9a: 10,50€

TE IV-TE III / EG 9b - EG 12: 13 €

ab TE II / ab EG 13: 15€ Beamter/in / Rentner/in: 9€

Nachwuchskräfte / Hinterbliebene/r: 3€

Ermäßigter Beitrag (TZ<25Std/Woche, Elternzeit, Bezug von ALG I/ALG II): 6€

	0 \	, ,	/		ź			
Zahlung	☐ Vierteljährlich	☐ Halbjährlich	☐ Jährlich	ab				
Vorname und Name (Kontoinhaber)								
Straße und Hausnummer								
Postleitzahl und Ort								
IBAN			C					
Datum und	d Ort							
Unterschrif	ft							

Bundesgeschäftsstelle

vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales Heideloffstr. 21 90478 Nürnberg Bankverbindung

Sparkasse Erlangen IBAN: DE14 7635 0000 0060 0755 32 BIC: BYLADEM1ERH

Hypovereinsbank Nürnberg IBAN: DE36 760 200 70 013 432 848 BIC: HYVEDEMM460 Geschäftszeiten

Mo 09:00 - 15:00 Uhr
Di 09:00 - 15:00 Uhr
Mi 09:00 - 13:00 Uhr
Do 09:00 - 15:00 Uhr
Fr 09:00 - 13:00 Uhr



Ihre Ansprechpartner/innen in der vbba:

Baden-Württemberg

Christian Löschner Kernerstr. 2 78652 Deißlingen Tel.: 07420 4059805 Fax: 07420 4059807 www.vbba-bw.de info@vbba-bw.de

Bayern

Petra Zang Lohmühlstr. 66 63741 Aschaffenburg Tel.: 0157 39383901 www.vbba-bayern.de info@vbba-bayern.de

Berlin-Brandenburg

c/o Manfred Feit Postfach 040201 10061 Berlin Tel.: 0179 4962296 www.vbba-bb.de Landesgruppe@vbba-bb.de

Hessen

Cosima Eberius
cosima.eberius@jobcenter-ge.de
Landesgeschäftsstelle
Axel Lehmann
Fischteich 13
35043 Marburg
Tel.: 06421 972223
Tel.: 0176 64209013
www.vbba-hessen.de
hessen@vbba.de

NSB

Silke Babiel Erfurter Str. 7 38350 Helmstedt Tel.: 05351 42341 www.vbba-nsb.de info@vbba-nsb.de nsb@vbba.de

Nordrhein-Westfalen

Helga Duhme-Lübke Landesgeschäftsstelle Am Kalkofen 2 51515 Kürten www.vbba-nrw.de info@vbba-nrw.de

Nord

Agnes Ranke
Birkenweg 23
24107 Kiel
Tel.: 0151 58800039
www.vbba-nord.de
ranke-vbba-nord@web.de
nord@vbba.de

RPS

Roland Weimer Gerichtsstraße 7 56414 Wallmerod 0173/8364771 kontakt@vbba-rps.de

Sachsen

Landesgeschäftsstelle Sven Gewand Parkstraße 2 08132 Mülsen Tel.: 037601-20951 sven.gewand@vbba-sachsen.de

Sachsen-Anhalt-Thüringen

Steffen Grabe Gartenstraße 36 98617 Meiningen Tel.: 0151 68138336 Fax: 03212/1184340 www.vbba-sat.de vorstand@vbba-sat.de

Zentrale-Services

Heiko Lemke IT-Systemhaus Regensburger Straße 104 90478 Nürnberg Homepage zs@vbba.de

Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren. Wir freuen uns immer über Interesse und Nachfragen, neue Mitglieder oder konstruktives Feedback zu unserer geleisteten Arbeit. Gern auch Anregungen zu diesem Magazin.

Die neue Ausgabe erscheint im

Februar 2021

Beiträge erbitten wir bis zum Redaktionsschluss am 22. Januar 2021 an die Mailadresse redaktion@vbba.de



Hinweise zum Einsenden von Artikeln für das vbba Magazin:

Artikel bitte in Word, Bilder als .jpg-Datei, Bilder bitte mit dazugehöriger Bildunterschrift, Bilder bitte unter Nennung des Inhabenden der Bildrechte.

IMPRESSUM: vbba Magazin – Gewerkschaft Arbeit und Soziales · Herausgeber und Anzeigenwerbung: vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales · vbba-Bundesgeschäftsstelle: Heideloffstraße 21, 90478 Nürnberg, Tel. 09 11 / 48 00 662, Fax 09 11 / 48 00 663, e-mail: info@vbba.de, Internet: www.vbba.de V.i.S.d.P.: Waldemar Dombrowski (Bundesvorsitzender), Redakteurin: Anja Fischer. – Nachdruck von Beiträgen nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Für die Richtigkeit der mit einer Quellenangabe (ohne vbba und dbb) oder mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge wird weder eine Gewähr übernommen noch entsprechen sie in jedem Fall der Meinung der vbba. Das vbba Magazin erscheint zweimonatlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck und Layout: Klartext GmbH · Anke Steines/Nancy Ritter (Layout) · Am Güterverkehrszentrum 2 · 37073 Göttingen · Tel. 0551 499 70 - 0 · Fax: 0551 499 70 - 99 · www.kopie.de

vbba - Bundesgeschäftsstelle - Heideloffstraße 21 - 90478 Nürnberg ZKZ 21351, PVSt, Deutsche Post 父









www.vbba.de